Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin
Ausgabe April 2004

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt Haiti

Alexander King
Krieg in der Karibik? 3
Hintergründe der Krise in Haiti

Alexander King
Haiti: besetzt im Jubiläumsjahr seiner Unabhängigkeit 6

Deutschland

Silke Reinecke
Zivil-Militärische Zusammenarbeit 9
Militarisierung der Gesellschaft

Christoph Marischka
Großmacht mit neuen Mitteln 12

EU-Militarisierung

Claudia Haydt
Das Ei des Josef Fischer 16

Mittlerer Osten

André Bank
Atempause für Irans Führung 18
Äußerer Pragmatismus und innere Kontrolle sichern den Status Quo

Tobias Pflüger
Erklärung zum ersten Jahrestag 20
des offiziellen Endes des Irakkriegs

Joachim Guilliard
Die Wiederkehr von Phoenix: 21
Kolonialisierung und Aufstandsbekämpfung im Irak

Editorial:

Trotz vielfacher Versuche bereits im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz die Proteste gegen die Kriegspolitik der NATO-Staaten zu diskreditieren, beteiligten sich beeindruckende 10.000 Menschen an den Demonstrationen. Selbst das extrem aggressive Vorgehen der Polizei konnte den Erfolg der Proteste nicht verhindern. Das Konzept einer „Deeskalation durch Stärke“ (Beckstein), hatte zur Folge, dass mehr als 200 Menschen in Unterbindungsgewahrsam genommen und so ihrer Freiheit und ihres Rechts zu demonstrieren beraubt wurden. Auch IMI-Vorstand Tobias Pflüger wurde aus nichtigen Gründen zwischenzeitlich auf brutale Weise verhaftet. Wir wenden uns aufs schärfste gegen das Vorgehen der Polizeikräfte in München und fordern, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Demonstrationen zum Jahrestag des Beginns des Irakkrieges am 20.3. waren weltweit stark besucht, insbesondere in den Ländern, die Besatzungstruppen im Irak haben. Auch in Deutschland fanden in der ganzen Republik - nicht ganz so gut besuchte - Aktionen statt, an denen sich auch IMI beteiligte. Die amerikanische Besetzung des Irak muss auch weiterhin analysiert und kritisiert werden und ein Thema der Friedensbewegung bleiben, weshalb wir in dieser Ausgabe uns unter anderem hiermit beschäftigen. Des weiteren haben wir in diesem AUSDRUCK zwei Ländern viel Platz eingeräumt, die wir bisher eher vernachlässigt haben. Dem Iran und – durch die aktuellen Konflikte hochbrisant – Haiti. Wir hoffen die Verbreiterung unseres Themenfeldes trifft auf Zustimmung.

Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe des AUSDRUCK wurde durch einen Anschlag (so die EU-Außenminister) des israelischen Militärs der Hamas-Führer Ahmed Jassin ermordet. Weltweit - diesmal einschließlich der Außenministerien der USA und Deutschlands - wurde dieser Anschlag verurteilt und es wurde kritisiert, dass damit die Situation in Israel/Palästina enorm eskaliert wurde. Mehr dazu im nächsten Heft.

Die Redaktion

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Der Beitrag von Joachim Guilliard erschien gekürzt in Marxistische Blätter 1/04.

Bildnachweise: Karten/Bilder auf S. 3, 22, 23, Internet; S.7, 13, Montage as; S. 11, Bundeswehr; S. 14, 16, 17, Bundesregierung; S. 18, Propaganda Project; S. 20, Demofoto; S. 24, PapyRossa Verlag.

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen
(BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisierung e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Krieg in der Karibik? Hintergründe der Krise in Haiti

Von Alexander King

Der bisherige Verlauf der Krise

Die Fakten sind den meisten politisch Interessierten, zumindest jenen, die an Lateinamerika interessiert sind, einigermaßen bekannt: In der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince demonstrieren seit Monaten Studenten und Oppositionelle und fordern den Rücktritt des Präsidenten Jean-Bertrand Aristide. Am Rande solcher Demonstrationen kam es immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Anhängern des Präsidenten. Dabei gab es wiederholt Tote und Verletzte. Im Herbst 2003 begann in der westhaitianischen Hafenstadt Gonaïves ein Aufstand. Eine bewaffnete Gruppe mit dem Namen „L'armée cannibale" eroberte schließlich Anfang Februar die Stadt, in der vor genau 200 Jahren die Unabhängigkeit Haitis ausgerufen worden war. Von dort aus brachen die Rebellen, verstärkt durch andere bewaffnete Gruppen und durch ehemalige Militärs, die aus ihrem Exil in der Dominikanischen Republik zurückkehrten, auf, um weitere Städte und Dörfer zu erobern. Sie stoßen vielerorts auf keinen nennenswerten Widerstand seitens der Staatsgewalt. Eine Armee gibt es nicht, und die 5.000 schlecht ausgerüsteten Polizisten des Landes ziehen es meist vor, vor den anrückenden Rebellen zu fliehen. Die Rebellen brachten auf diese Weise ca. 20 Ortschaften unter ihre Kontrolle und beherrschen nun einen Streifen von der Westküste bis zur dominikanischen Grenze im Osten. Damit sind alle Versorgungswege zwischen der Hauptstadt im Süden und den nördlichen Zentren wie Cap-Haïtien und Port-de-Paix unterbrochen. Auch über die Grenze kann der Norden nicht mehr versorgt werden. Der nördliche Grenzübergang Ouanaminthe ist ebenfalls in der Hand der Rebellen. Im Norden des Landes bahnt sich deshalb eine Hungernot an. Im Süden planen die Rebellen den Marsch auf Port-au-Prince. Die Opposition in der Hauptstadt hat sich von den bewaffneten Rebellen distanziert - trotz der gemeinsamen Gegnerschaft zur Regierung Aristide.

Strukturelle Gewalt

Die Kommentare in der westlichen Presse bemühen oft alt bekannte Stereotypen, um diesen Konflikt zu deuten. Da wird auf die gewaltträchtige 200jährige Geschichte des Landes verwiesen, auf die Diktaturen, auf 33 Putsche. Da wird vermutet, dass die Gewalt, die Haiti solange beherrschte, auch nach dem demokratischen Aufbruch 1986/1990 in den Köpfen der Menschen fortexistiere und sich nun angesichts des sozialen Elends Bahn breche. Da wird viel über die Persönlichkeitsstruktur des haitianischen Präsidenten spekuliert, wie er, der Hoffnungsträger aller Linken und Dritte-Welt-Engagierten, v.a. aber der haitianischen Massen zum korrupten Despoten werden konnte und ob nicht die USA vielleicht an allem Schuld seien. Fakt ist: Die Gewalt, die Haiti nicht nur in den 200 Jahren seiner Unabhängigkeit, sondern erst recht in den davor liegenden rund 150 Jahren seiner Kolonialgeschichte beherrschte, lebt nicht nur in den Köpfen der Haitianer fort. Sie existiert real. Sie existiert in den sozialen Beziehungen innerhalb der haitianischen Gesellschaft. Sie existiert in den Beziehungen zwischen Haiti und dem Weltmarkt. Sie ist nicht in erster Linie politischer Natur. Es ist die Gewalt der ökonomischen Verhältnisse.

In Haiti existieren unvorstellbarer Reichtum und unvorstellbare Armut direkt nebeneinander. Sie bedingen sich wechselseitig. Und sie sind eng mit den Bedingungen des Weltmarkts verwoben. Diese Wechselbeziehung hat eine lange und sehr konkrete Geschichte. Sie beginnt mit der Kolonisierung Haitis durch Frankreich, mit Sklavenwirtschaft und einem unvergleichlichen Transfer von Reichtum. Sie fand ihre Fortsetzung in der konkurrierenden ökonomischen Durch- dringung durch imperialistische Mächte Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Die sprichwörtliche „Kanonenbootpolitik" stammt aus dieser Zeit, als deutsche Kanonenboote im Hafen von Port-au-Prince kreuzten, um deutsche Kaufleute, die im Zusammenhang mit einem Putschversuch verhaftet worden waren, freizupressen. Die Durchdringung mündete schließlich in die komplette Umformung der haitianischen Volkswirt- schaft in den Jahren der US-amerikanischen Besatzung 1915-1934, als Haiti für die weltmarktorientierte kapitalistische Produktion zugerichtet wurde. Entwicklungshilfeprogramme der 60er bis 80er Jahre führten diese Zurichtung fort, und selbst der Sturz der Diktatur Duvalier 1986 und die Rückkehr des Präsidenten Aristide aus dem Exil 1994 waren jeweils mit Offensiven einer neoliberalen Entwicklungsstrategie verbunden (Handelsliberalisierung, Fertigungsindustrie etc.). Die Leidtragenden dieser Strategien waren meist Bauern und Handwerker. Nutznießer war die haitianische Großbourgeoisie, die sich aus wenigen Familien zumeist deutschen und libanesischen Ursprungs zusammensetzt.

Kampf um Strukturanpassung

Die haitianische Krise ist eine ökonomische. Die aktuellen Auseinandersetzungen sind Ausdruck dieser Krise. 1994 marschierte eine internationale Eingreiftruppe in Haiti ein, setzte dem Militärregime des Generals Raoul Cédras ein Ende und brachte den gewählten Präsidenten Aristide aus dem Exil zurück in den Palais National. Der demokratische Aufbruch, der 1990 das Land erfasst und der zur Wahl Aristides zum Präsidenten geführt hatte, der sich ausdrückte in dem Erstarken einer unendlichen Vielzahl sozialer und demokratischer Initiativen, war dennoch unwiderruflich erstickt worden - durch die Schergen des Militärregimes, die sogenannten FRAPH (Forces Révolutionaires Armées pour le Progrès en Haiti), die in den Jahren des Putsches 1991-1994 Hunderte, wenn nicht Tausende Anhänger der Partei des Präsidenten, Lavalas, umbrachten.

Die internationalen Geber verordneten Haiti 1995 ein Strukturanpassungsprogramm üblichen Inhalts: Halbierung der Lohnsumme im öffentlichen Dienst, Liberalisierung im Bereich der Telekommunikation, Privatisierung der Staatsbetriebe (u.a. Zement- und Mehlproduktion, Hafen- und Flughafenverwaltung, Stromerzeugung). Aristide unterschrieb das Vertragswerk, verzögerte aber danach die Umsetzung der unpopulären Maßnahmen. Nachdem er (aus Verfassungsgründen) 1995 das Amt des Präsidenten an seinen Gefolgsmann René Préval abgeben musste, fiel die pluralistische Lavalas-Bewegung auseinander. Im Parlament bildete sich eine Abspaltung unter dem Namen OPL (Organisation du Peuple en Lutte), die eine schnellere Umsetzung der Strukturanpassung forderte. Begleitet von vielen teilweise gewalttätigen Protestaktionen gegen geplante Privatisierungen kam es zu einem Patt in der

Legislative, das dazu führte, dass es in Jahren 1997/1998 nicht einmal mehr gelang, eine Regierung mit Parlamentsmehrheit einzusetzen. Der Konflikt entschied sich zugunsten der Gruppe um Aristide und Préval, der schließlich per Dekret einen ihm genehmen Ministerpräsidenten Edouard Alexis einsetzte und das Parlament entmachtete.

Nach diesem Manöver, in dem die Opposition quasi ausgeschaltet wurde, mischten sich die Karten neu, und die Regierung Préval/Alexis machte sich nun selbst eifrig an die Umsetzung der Strukturanpassungsmaßnahmen, denen sie sich zuvor widersetzt hatte. Nach Aristides Wiederwahl zum Präsidenten im Herbst 2000 und mit der in angezweifelten Wahlen zustande gekommenen übergroßen Mehrheit der Lavalas im Parlament wurde dieser Kurs fortgesetzt. Die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes und die Teilprivatisierung der staatlichen TELECO wurde dabei am konsequentesten umgesetzt. (Nur Zufall? Aristides Frau Mildred ist an einem privaten Anbieter beteiligt.) Die Schließung des Zement- und des Mehlwerks und der Verkauf an internationale Konsortien unter Beteiligung der haitianischen Bourgeoisie sicherte Aristide wenn auch nicht die Unterstützung, so doch zumindest das Stillhalten der mächtigsten Familien des Landes.

La Masse, la Classe und die Petite Bourgeoisie

Die sogenannte Petite Bourgeoisie, die politisch in der OPL organisiert war, war der Verlierer dieser Entwicklung. Sie war nicht nur entmachtet, sondern zunehmend Repressionen ausgesetzt. Sie entwickelte sich im folgenden zum intellektuellen Bezugspunkt der Opposition.

Die Petite Bourgeoisie setzt sich aus wohlsituierten Intellektuellen zusammen. Sie haben beste Verbindungen zur europäischen Sozialdemokratie und sind selbst über diverse Parteien in der Sozialistischen Internationale vertreten. Diese Verbindungen ins Ausland sind ihr stärkster Trumpf. Durch sie gelang es ihnen, ihr politisches Anliegen auf die internationale Agenda zu setzen. Das Einfrieren der EU-Hilfsgelder vor vier Jahren ist auch auf ihren Einfluss auf die damaligen sozialdemokratischen Regierungen in Europa zurückzuführen. Sie sehen sich auch heute noch als Linke. Dabei sind sie längst von ihrem Klassenstandpunkt eingeholt worden. Sie sind Angehörige einer privilegierten Bildungselite. Sie leben in den schönsten Vierteln der Hauptstadt Port-au-Prince.

Ihr linker Idealismus trieb sie in kommunistische Parteien und in die Reihen der Unterstützer Aristides bzw. in den Widerstand gegen die Militärjunta von Raoul Cédras. Ihre soziale Lage verhinderte jedoch, dass sie dem Volk („La Masse“) jemals wirklich nahe kamen. Sie sind Universitätsdozenten, Wissenschaftler oder Kunstschaffende. Sie haben weniger Kontakt zum Volk als die Großbourgeoisie („La Classe“), die diesem durch ein brutales Ausbeutungsverhältnis verbunden ist. Für ihre politischen Ambitionen fehlt ihr jegliche gesellschaftliche Verankerung. Weshalb sie jahrelang im eigenen Saft schmorte, ihre internen verwandtschaftlichen Beziehungen pflegte, immer wieder neue Parteien und Bündnisse auf immer derselben dünnen Grundlage ins Leben rief und zwischenzeitlich gar zusehen musste, wie sich das Großkapital mit der Regierung Aristide verbrüderte.

Die crise post-électorale

Das war zur Zeit des letzten Amtsantritts von Aristide Anfang 2001 - unmittelbar nach den umstrittenen Wahlen und am Beginn der sogenannten crise post-électorale. Die crise post-électorale steht am Beginn der heutigen Auseinandersetzungen. Im Mai 2000 hatte die Opposition durch eine manipulierte Auszählung bei den Parlamentswahlen nahezu alle Sitze verloren. Wohlverstanden: Die Wahlen hätte die Partei des Präsidenten in jedem Fall gewonnen. Durch Manipulationen bei der Auszählung gewann sie jedoch fast alle Sitze. Die Opposition nutzte den offensichtlichen Betrug, um ihren Anspruch an der Macht, den sie in freien Wahlen nie hätte verwirklichen können, nun über die Skandalisierung dieses Wahlbetrugs und eine Internationalisierung des Konflikts durchzusetzen. Die Opposition fuhr fortan eine Eskalationsstrategie und ging dabei auch Bündnisse mit Vertretern untergegangener Militärregimes ein, wie beispielsweise mit Ex-Diktator Prosper Avril. Die Regierung bot zunächst Neuwahlen in den Wahlkreisen an, in denen die Auszählung manipuliert worden war, schließlich sogar generelle Neuwahlen des Parlaments. Die Opposition reagierte stets mit einer Radikalisierung ihrer Forderungen - bis hin zur Forderung nach dem Rücktritt des Präsidenten («option zéro»). Mit dieser Strategie der option zéro trägt sie einen Teil der Verantwortung für die aktuelle Situation.

Die Petite Bourgeoisie, die sich von Lavalas unterdrückt und um ihre sozialen Perspektiven gebracht sieht, wird auch mit ihren neuen Bündnispartnern und erst recht in der Konstellation, die sich heute bietet, verlieren. Vielleicht wird sie einige persönliche, aber ganz bestimmt nicht ihre politischen Ambitionen verwirklichen können.

Auftritt der alten Militärs

Selbstverständlich trägt auch Aristide Schuld an der Eskalation der Gewalt. Er hat lange billigend in Kauf genommen und vielleicht sogar befördert, dass sich Jugendgruppen bewaffneten und systematisch Jagd auf Oppositionelle machten. Zum einen führte dies zu einer Verhärtung der Fronten zwischen Regierung und Opposition, zum anderen sind es genau diese Banden, die heute gegen die Regie-

rung rebellieren. Der Profiteur dieser Entwicklung ist eine dritte Kraft, die FRAPH bzw. die anciens militaires.

Nach seiner Rückkehr aus dem Exil 1994 hatte Aristide die Armee aufgelöst. Seither gab es Gerüchte, dass alte Seilschaften aus dem Militär und der FRAPH-Miliz im Verborgenen weiterexistieren, teilweise im Exil in der Dominikanischen Republik, und dass sie über jede Menge Waffen verfügen, die 1994 nicht eingesammelt worden waren. Diese Kräfte strömen nun aus der Dominikanischen Republik ein und verstärken die Reihen der Rebellen. Und es sieht zunehmend danach aus, als ob sie eine führende Rolle in der Rebellion einnehmen würden. Die demokratische Opposition in der Hauptstadt distanziert sich. Sie weiß: Wenn diese Kräfte siegen, wird nicht nur Aristide stürzen, auch für ihre eigenen Ambitionen wird es das Ende bedeuten.

Friedenspläne der CARICOM und der USA

Regierung und Opposition müssen nun erkennen, dass sie einen gemeinsamen Feind haben. Vielleicht befördert das ihre Kompromissbereitschaft. Politische Pläne zur Überwindung der Krise gibt es von der Gemeinschaft Karibischer Staaten (CARICOM) und von den USA. Im Kern fordern sie von der Regierung, die ihr gewogenen Banden zu entwaffnen, politische Gefangene freizulassen, das Demonstrationsrecht wieder herzustellen und gemeinsam mit der Opposition einen neutralen und parteipolitisch unabhängigen Ministerpräsidenten vorzuschlagen. Von der Opposition wird verlangt zu akzeptieren, dass Aristide bis zum Ende seiner Legislatur 2006 im Amt bleibt. Bis Montag 23.02. hatten beide Parteien Zeit, ihre Meinung dazu zu bekunden. Die Regierung stimmte den Plänen zu, die Opposition lehnte sie ab und blieb bei ihrer Maximalforderung nach Rücktritt des Präsidenten. Und jetzt? Es bleiben viele offene Fragen:

Es ist kein Szenario bekannt, das im Falle einer Ablehnung des Friedensplans greifen sollte. Genauso wenig ist über die Modalitäten einer Umsetzung des Friedensplans im Falle der Zustimmung beider Parteien bekannt. Die dritte Seite, die Rebellen, kommen in den Friedensplänen nicht vor. Das ist einerseits gut. US-Außenminister Colin Powell warnte die Opposition davor, mit den Rebellen zu kooperieren. Andererseits sind die Rebellen eine Realität, stellen ein Problem dar, auf das eine Antwort gefunden werden muss. Der bewaffnete Konflikt muss eingedämmt werden, damit andere Maßnahmen greifen können. Die Regierung Aristide bittet die OAS um technische Hilfe für die vollkommen überforderte Polizei. Eine bewaffnete Intervention ausländischer Truppen, wie sie in Frankreich diskutiert wird, wäre jedoch der falsche Weg. Solche Interventionen waren letztlich stets ein Teil des Instrumentariums, mit dem die imperialistischen Mächte seit Jahrhunderten Einfluss auf das Leben und Arbeiten in Haiti nehmen - nicht zum Besten der Menschen dort.

Eine militärische Intervention der USA, Frankreichs oder anderer Staaten oder Bündnisse muss verhindert werden.
Die haitianische Geschichte ist voll von solchen Interventionen. Sie waren und sind keine Lösung, sondern Teil des haitianischen Problems.

Perspektiven?

Die Menschen in Haiti haben Anspruch auf Hilfe: zuallererst auf die Freigabe der seit 2000 eingefrorenen Hilfsgelder von EU und USA in Höhe von insgesamt 500 Millionen Euro. Haiti braucht Freunde, die bei der Lösung des politischen Konflikts vermitteln, aber keine, die nur ihre eigenen ökonomischen Interessen durchsetzen. Die Vermittlung muss deshalb in die Hände der CARICOM gelegt werden. Langfristig wird aber jede politische Lösung an immer denselben strukturellen Problemen scheitern. Neoliberale Entwicklungsstrategien haben in Haiti in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass die nationale Produktion kommerzieller Gütern unter der Konkurrenz der Importe zusammengebrochen ist. Aktuell wird an der haitianisch-dominikanischen Grenze eine Freihandelszone mit Industriepark eingerichtet. Dafür wurden bereits erste Felder planiert, die Bauern vertrieben - entschädigungslos, wenn sie keinen formellen Besitztitel anmelden konnten. Dominikanische Textilunternehmen sollen dort, in Mariba-houx, Waren für den US-amerikanischen Markt herstellen lassen - unter Umgehung der US-amerikanischen Länderimportquoten und unter Ausnutzung des niedrigen haitianischen Lohnniveaus. In einem multilateralen Abkommen zwischen den USA, der Dominikanischen Republik und Haiti sind die Modalitäten der Enteignung der ansässigen Bauern, der Bewachung der Industrieanlagen, der steuerlichen Begünstigung und der Absicherung der Investitionen über eine Schuldenkonversion geregelt. Über arbeitsrechtliche Regelungen oder die Entsorgung chemischer Abfälle steht nichts geschrieben.

Was könnten in dieser Situation sinnvolle Forderungen sein?

1. Die haitianische Polizei muss in die Lage versetzt werden klassische Polizeifunktionen zu erfüllen. Dazu benötigt sie technische Unterstützung durch benachbarte karibische Staaten. Es wäre jedoch falsch, auf eine militärische Rückeroberung der von den Rebellen eingenommenen Gebiete zu setzen. Dadurch würde das Blutvergießen erst recht provoziert.
2. Eine militärische Intervention der USA, Frankreichs oder anderer Staaten oder Bündnisse muss verhindert werden. Die haitianische Geschichte ist voll von solchen Interventionen. Sie waren und sind keine Lösung, sondern Teil des haitianischen Problems.
3. Stattdessen braucht Haiti eine zivile internationale Friedensmission in ausreichender personeller Stärke, die ein Mandat zu Verhandlungen hat und die durch ihre bloße Anwesenheit weitere kämpferische Handlungen verhindern kann. Sie darf ausdrücklich keinen militärischen Auftrag bekommen. (Dass zivile „Interventionen“ und Beobachtungen etwas bringen, zeigen z.B. die Menschenrechtsbeobachter/innen in Chiapas.)
4. Die demokratische Opposition muss unter massiven Druck gesetzt werden, den CARICOM-Friedensplan anzunehmen. Es kann keine dauerhafte Lösung ohne die Bewegung Lavalas geben. Eine solche Lösung ließe sich nur mit Gewalt durchsetzen. Die Opposition muss definitiv aufhören, die Gewalt in der Provinz (in der Hoffnung, dass sie die Hauptstadt nicht erreichen möge) in ihr politisches Kalkül einzubeziehen.
5. Die seit 2000 eingefrorenen Hilfsgelder der EU und der USA müssen endlich freigegeben werden.
6. Im Interesse der Menschen in Haiti (und in anderen lateinamerikanischen Staaten) muss auf ein Scheitern der Gesamt-Amerikanischen Freihandelszone (FTAA - Free Trade Area of the Americas bzw. ALCA - Asociación de Libre Comercio de las Américas) hingewirkt werden.

Haiti braucht internationale Hilfe, aber keine, die darauf abzielt, die internationalen Abhängigkeitsverhältnisse festzuschreiben.

Alexander King ist Diplomgeograph in Berlin

Haiti: besetzt im Jubiläumsjahr seiner Unabhängigkeit

von Alexander King

2004 sollte ein ganz besonderes Jahr für Haiti werden – ein Jahr des stolzen Gedenkens an die vor 200 Jahren erkämpfte Unabhängigkeit. Für den haitianischen Präsidenten Jean-Bertrand Aristide sollte es die Krönung seiner politischen Laufbahn werden. In den letzten fünf Jahren wurden eifrige Vorbereitungen getroffen. Der Stadtpark der Hauptstadt Port-au-Prince wurde neu hergerichtet. Unter dem Projekttitel *Route 2004* wurden in Cap-Haïtien im Norden des Landes ehrgeizige Projekte zur Altstadtsanierung begonnen. Der haitianische Norden, wo viele historische Stätten der Vergangenheit, u.a. der Ort der entscheidenden Niederlage Napoleons, zu besichtigen sind, sollte im Jubiläumsjahr Besucher aus aller Welt anlocken. In Gonaïves, wo am 1.1.1804 Jean-Jacques Dessalines die Unabhängigkeit des Landes ausgerufen hatte, sollte eine pompöse Feier an Neujahr den Jubiläumsreigen einläuten. Es kam anders.

Bereits ab 2001 konnten viele Projekte nicht mehr weitergetrieben werden, da dafür eingeplante Gelder der EU eingefroren worden waren. Eine Reaktion auf die Manipulation der Auszählungen zur Parlamentswahl im Mai 2000. Und ausgerechnet in Gonaïves spitzten sich soziale und politische Spannungen zu und begannen im Jahr 2003 sich in Gewalt zu entladen. Als in der „ville de l'indépendance" der Unabhängigkeitstag begangen werden sollte, musste der einzige ausländische Staatsgast, Südafrikas Präsident Thabo Mbeki, frühzeitig abreisen, nachdem auf ihn geschossen worden war. Auch Aristide hielt sich kurz dort auf und reiste sofort wieder ab. Am 5. Februar 2004 schließlich hatten die Rebellen die Kontrolle über Gonaïves gewonnen und begannen von dort ihren Eroberungszug durch den gesamten Norden des Landes.

Der Rest ist bekannt. Präsident Jean-Bertrand Aristide verließ Ende Februar unter dem Eindruck der auf Port-au-Prince vorrückenden Rebellen und auf Druck der US-Regierung das Land. Er selbst behauptet, verschleppt worden zu sein. Die Rebellen marschierten in Port-au-Prince ein, um ihre Ansprüche im nun anstehenden Machtpoker anzumelden. Gleichzeitig landeten ausländische Truppen, die den Regimewechsel absichern und die Rebellen wieder in ihre Schranken verweisen sollen. Auf die UNO wollte zum Schluss niemand mehr warten. Der UN-Sicherheitsrat schob sein OK hinterher, als die US-amerikanischen, kanadischen und französischen Truppen längst unterwegs waren.

„Karibische Aussöhnung"?

Die USA sind in Port-au-Prince doch noch knapp vor den Franzosen eingelaufen, die in den letzten Wochen immer eine Nasenlänge voraus schienen. Als US-Außenminister Powell noch relativ zögerlich auftrat, sprach der französische Außenminister de Villepin schon von Regimewechsel und internationaler Eingreiftruppe. Die US-Regierung fühlte sich in dem Moment zum schnellen Handeln aufgefordert, als mit Frankreich eine konkurrierende imperialistische Macht sich anschickte, als Ordnungsmacht im US-amerikanischen Hinterhof aufzutreten. Die Berliner Zeitung glaubte, im gemeinsamen Vorgehen eine „Karibische Aussöhnung" zwischen den USA und Frankreich zu erkennen. Es war aber wohl eher ein Wettlauf. Die französische Presseagentur Agence France Presse titelte denn auch etwas zerknirscht: „Les américains mènent la danse (Die Amerikaner geben den Leithammel)." Im Moment befinden sich 1.200 US-amerikanische, 600 französische, 134 chilenische und 100 kanadische Soldaten in Haiti. Mittlerweile haben die US-Truppen das Oberkommando über die internationalen Streitkräfte vor Ort übernommen und klar gemacht, mit wem sie in Haiti verhandeln wollen und mit wem nicht. Diese Führerschaft werden sie sich auch dann nicht mehr nehmen lassen, wenn die augenblickliche Truppenpräsenz durch UN-Truppen unter brasilianischem Oberkommando abgelöst wird. Geplant ist der Einsatz von 5.000 Soldaten, davon 1.100 aus Brasilien, das damit – nach seinem Einsatz im Kongo – eine weitere Gelegenheit nutzen will, sich als Regionalmacht zu etablieren.

Die politische Kräftekonstellation in Haiti

Eines haben die US-Amerikaner schon klar gemacht: Der **Rebellenführer Guy Philippe**, der sich bereits in einer übergeordneten militärischen oder polizeilichen Funktion gesehen hatte, wird keine Rolle im Machtpoker spielen. Obwohl er den Sturz Aristides maßgeblich herbeigeführt hat und obwohl – oder gerade weil? – er wesentlich populärer ist als die bürgerlichen Politiker, die Washington nun protegiert. Ob die Rebellen allerdings so schnell von ihren Ambitionen ablassen werden, ist fraglich. Sie sind bewaffnet, und sie kontrollieren weite Teile des Landes. Ausschlaggebend könnte hierfür sein, ob sich die Vertreter des alten, 1995 aufgelösten Militärs, die sich dem Aufstand angeschlossen hatten, nun von den Rebellen lossagen und dem bürgerlichen Lager anschließen werden.

Im „Rat der sieben Weisen", der nun unter US-Regie gebildet wurde und der den neuen Premierminister designieren soll, befinden sich Vertreter der katholischen und evangelischen Kirchen, der bürgerlichen Opposition, der Aristide-Partei Lavalas und der internationalen Gemeinschaft. In diesem Spektrum wird die neue Machtverteilung verhandelt.

Welche Rolle wird die **Lavalas-Partei** von Aristide spielen können? Sie verkörperte einen in der haitianischen Geschichte beispiellosen demokratischen Aufbruch, der mit dem Sturz der Diktatur der Familie Duvalier 1986 seinen ersten Höhepunkt fand und im Herbst 1990 zur ersten Wahl von Aristide führte. Sie war getragen von einer Vielzahl sozialer Initiativen: von Selbsthilfe-, Umwelt-, Frauen- und Menschenrechtsgruppen, von bäuerlichen Kooperativen usw. Unter der Militärjunta unter Raoul Cédras 1991-1994 begann die Zersetzung dieses demokratischen Potenzials. Nachdem das Militär Aristide von der Macht geputscht hatte, töteten die Milizen der FRAPH Hunderte von Lavalas-Anhängern und erstickten damit den demokratischen Aufbruch im Keim.

Nach Aristides Rückkehr und im Zuge der Auseinandersetzungen um die Implementierung neoliberaler Strukturanpassungsprogramme, nach dem Patt im Parlament 1997/1998 und mit der sich zuspitzenden *Crise post-électorale* nach den Wahlmanipulationen 2000 wurde die Bewegung mehr und mehr Instrument machtpolitischer Interessen. Durch ihre Verstrickung in den internationalen Drogenhandel und durch ihre Nähe zu gewaltbereiten paramilitärischen Gruppen hat

Lavalas bereits viel an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Es steht zu befürchten, dass sie, die den haitianischen Bauern und städtischen Armen erstmals in der Geschichte eine Stimme gegeben hatte, nun einem weiteren Prozess der Warlordisierung anheim fällt.

Die neuen Eliten, die Lavalas hervorgebracht hat, verweigern sich aktuell noch der Besatzungspolitik. Sie versuchen, die Findung einer neuen Regierung, die in ihren Augen illegitim wäre, zu verschleppen. Offen ist, ob sie diese Haltung durchhalten oder ob nicht einige doch auf eine Kooperation mit den Besatzern umschwenken werden. In den Slums von Port-au-Prince ist die neue Ordnung noch nicht durchgesetzt. Dort demonstrieren die Anhänger des gestürzten Präsidenten, die paramilitärischen Banden („Chimères“) marschieren auf und präsentieren ihre Waffen. Die Plünderungen gehen weiter.

Die bürgerliche Opposition scheint am Ziel ihrer Träume angelangt: die Teilhabe an der Macht über den Verhandlungsweg. Alle anderen Wege zur Macht waren ihr lange verschlossen: Ohne wirtschaftlichen Einfluss und ohne Unterstützung aus der Bevölkerung waren ihre internationalen Kontakte ihr einziger Trumpf. Einer wog besonders schwer: der zum französischen Philosoph Régis Debray. Der Kontakt stammt aus Zeiten, als Debray wie auch viele haitianische Intellektuelle die kubanische Revolution unterstützten. Die haitianische Intelligenz hat sich mittlerweile von ihrem linken Idealismus verabschiedet und ist zu ihrem bürgerlichen Klassenstandpunkt zurückgekehrt. Und auch Régis Debray hat in dieser Zeit eine Karriere vom Weggefährten Fidel Castros zum Berater des französischen Präsidenten Jacques Chirac hinter sich gebracht. Die Machtteilhabe der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien steht jedoch auf tönernen Füssen. Sie entbehrt ausreichender populärer Zustimmung. Und sie ist nicht ökonomisch unterfüttert. Die haitianische Intelligenz ist zwar wohlhabend, hat aber keine wirtschaftliche Macht. Nur in einer Pseudodemokratie, die keinen Anspruch auf breite Partizipation und Artikulation der Bevölkerung erhebt, wird eine Machtteilhabe auf solch dünnem Grund Bestand haben können.

Die traditionelle Elite des Landes, wenige reiche Familien überwiegend deutscher und libanesischer Herkunft, beteiligt sich normalerweise nicht aktiv an den politischen Auseinandersetzungen im Land. Ihre Macht ist fest im Wirtschaftsleben des Landes verwurzelt. Aus den luftigen Höhen des Reichenvororts Pétionville steigen die Superreichen nur dann in die Niederungen des politischen Alltagsgeschäfts herab, wenn sie ihre Geschäfte in Gefahr sehen. Als Aristide 1990 mit einer revolutionären Rhetorik und gegen den ausdrücklichen Willen der US-Regierung mit einer Zweidrittelmehrheit zum Präsidenten gewählt worden war, handelte die Elite. Sie verabredete und finanzierte den Staatsstreich gegen Aristide 1991.

Offensichtlich ist die Intervention in Haiti Teil eines ordnungspolitischen Vorstoßes, der dem gesamten karibischen Raum gilt. Die Aufmerksamkeit muss deshalb am 20.3. und zu jeder anderen Gelegenheit auch auf mögliche weitere Projekte der US-Regierung z.B. in Venezuela oder Kuba gerichtet werden

Als Aristide 1994 ausgerechnet von US-Marines zurückgebracht wurde, musste der Elite nicht bang werden. Stan Goff, Hauptfeldwebel der US Special Forces und Veteran der *Operation Uphold Democracy*, beschreibt das Ziel der damaligen US-Politik in seinen Memoiren so: „Unsere Aufgabe war es, eine Revolution aufzuhalten, nicht einen Staatsstreich.“ Und so verbesserten sich die Geschäftsgrundlagen für die Elite mit Aristides Rückkehr noch. Abgesehen davon, dass sie durch die Vermietung von Lagerhallen an die UNO gewaltige Summen verdienten, machten die Familien der Elite auch bei den sodann einsetzenden Privatisierungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen einen guten Schnitt. Sie duldeten fortan die Herrschaft Aristides. Bei seiner umstrittenen erneuten Amtseinführung im Februar 2001 saß Karl Brandt, einer der reichsten Männer des Landes, dessen Familie seit über 100 Jahren die wirtschaftlichen Geschicke des Landes mitbestimmt, an Aristides Seite. Auch am aktuellen Aufstand gegen Aristide war das Großkapital nicht aktiv beteiligt. Dennoch werden sie ganz sicher ihren bestimmenden Einfluss für eine künftige Ordnung im Land gelten machen können.

Der externe Faktor

Mit Aristide wurde ein demokratisch gewählter Präsident gewaltsam aus dem Amt gejagt. Ob er tatsächlich entführt wurde, wie er behauptet, oder nur der Gewalt gewichen ist, spielt keine Rolle. Die Gemeinschaft Karibischer Staaten (CARICOM) erkennt darin einen schlimmen Präzedenzfall und wendet sich enttäuscht ab. Im US-amerikanisch-französischen Wettlauf um die Bedingungen des Regimewechsels wurde der Friedensplan der CARICOM Makulatur. Die US-Regierung handelte nicht nur an der CARICOM vorbei, sondern erstmals auch völlig ohne Einbeziehung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Dass sie es ausgerechnet im Jubiläumsjahr der haitianischen Unabhängigkeit nicht für nötig befand, andere Staaten der Region in die Konfliktbehandlung einzubeziehen und stattdessen ausgerechnet mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich zusammenarbeitet, legt die Vermutung nahe, dass sie es von Anfang an – möglicherweise schon seit Monaten oder gar Jahren – auf einen Regimewechsel in Haiti angelegt hatte. Gerade in den USA selbst wird eine solche Kritik immer lauter.

Die Karibik ist von großem strategischem und ökonomischem Interesse für die USA. Haiti liegt nur wenige Kilometer von Kuba entfernt, mit dem es die Meer-

enge *Passe du Vent* bildet. Der *Passe du Vent* ist die direkteste Seeverbindung von Florida in die Südkaribik, z.B. nach Venezuela, und zum US-Stützpunkt Guantanamo auf Kuba. Bereits 1915 war die Kontrolle über diese Meerenge ein Anlass (wenn auch ganz sicher nicht der einzige) für eine US-amerikanische Intervention in Haiti gewesen. Die US-Regierung argwöhnte damals, am Beginn des Ersten Weltkriegs, dass die Deutschen an der Môle St Nicolas, direkt am *Passe du Vent*, einen Stützpunkt errichten wollten. Schwerer wogen damals aber die ökonomischen Interessen: Es galt günstige Investitionsbedingungen für US-amerikanische Konzerne durchzusetzen (dazu wurde eigens die haitianische Verfassung verändert) und den deutschen und französischen Einfluss im Banken- und Finanzwesen Haitis zurückzudrängen.

Auch auf der Suche nach den Motiven der aktuellen Intervention dürfte gelten: It's the economy. US-Konzerne sind in Haiti stark engagiert. Walt Disney's und andere lassen dort zu Hungerlöhnen Mikkey-Mouse-Puppen, Softbälle und andere Textilien zusammensetzen. 1999 waren die Arbeiter der Montagehallen am Stadtrand von Port-au-Prince mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 12.800 gourdes (ca. 580 US$) deutlich schlechter bezahlt als andere Industriearbeiter in der Hauptstadt. Aktuell wird an der haitianisch-dominikanischen Grenze eine Freihandelszone mit Industriepark eingerichtet. Dafür wurden bereits erste Felder planiert, die Bauern vertrieben – entschädigungslos, wenn sie keinen formellen Besitztitel anmelden konnten. Dominikanische Textilunternehmen sollen dort Waren für den US-amerikanischen Markt herstellen lassen – unter Umgehung der US-amerikanischen Länderimportquoten und unter Ausnutzung des niedrigen haitianischen Lohnniveaus.

Die Besatzung Haitis ist ein Warnschuss an Venezuela und Kuba. Kuba ist in Haiti mit einem sehr umfangreichen Entwicklungsprogramm engagiert. Für die Haitianer wäre zu wünschen, dass dieses Programm fortgesetzt werden kann. Bis zum Sturz von Aristide hatte Kuba 525 Entwicklungshelfer in Haiti stationiert, darunter 332 Ärzte, die in allen neun Provinzen des Landes arbeiteten und dort die Versorgung von rund 75 Prozent der Haitianer sicher stellten. In den Regionen, in den kubanische Ärzte und Krankenschwestern arbeiteten, liegt die Säuglings- und Kindersterblichkeit deutlich unter dem Landesdurchschnitt. 370.000 Impfungen wurden vorgenommen, schätzungsweise 86.000 Menschenleben gerettet. Gleichzeitig hatte der kubanische Staat 247 Stipendien an haitianische Studenten zum Medizinstudium in Kuba vergeben. Andere Bereiche des kubanischen Engagements waren beispielsweise die Wasseraufbereitung und der Umweltschutz. Diese Programme sind nun in Gefahr.

Wie soll, wie kann es weitergehen?

Eine Rückkehr von Jean-Bertrand Aristide wird es nicht geben. Vermutlich wird es in Haiti auch nicht allzu viele geben, die sich Aristide zurück wünschen. Dennoch gibt selbst die konservative französische Tageszeitung „Le Figaro" zu: „Ce coup d'Etat qui ne veut pas dire son nom, aujourd'hui éventé, met déjà les Américains et les Français dans une position défensive en Haïti." (Der Staatsstreich, der keiner sein wollte, der nun aber durchschaut ist, bringt die Amerikaner und Franzosen in eine defensive Position.)

Am 20.3., wenn überall auf der Welt des ersten Jahrestags des letzten Irakkriegs gedacht und gegen Krieg und Besatzung demonstriert wird, muss auch die aktuelle Situation in Haiti auf die Agenda gesetzt werden.

- Die Tradition der Graswurzelorganisationen, die in Haiti so stark war, muss gefördert werden. Politik darf nicht wieder zur Angelegenheit weniger Privilegierter werden, die sie in Haiti Jahrhunderte lang war.
- Eine Rückkehr der alten Militärs – ob an der Seite der Rebellen (wie der Ex-FRAPH-Milizionär Louis-Jodel Chamblain) oder an der Seite der bürgerlichen Opposition (wie der Ex-Diktator Prosper Avril) darf es nicht geben.
- UN-Generalsekretär Kofi Annan plädiert für ein über viele Jahre ausgedehntes internationales Engagement in Haiti. Dieses Engagement darf aber kein militärisches sein. Die Besatzung muss sofort beendet werden.
- Haiti darf nicht wieder zum Experimentierfeld für neoliberale Entwicklungsprogramme werden – und auch nicht zum Exerzierfeld für aufstrebende Möchtegern-Regionalmächte.
- Das kubanische Entwicklungsprogramm sollte weitergeführt werden können. Es ist die einzige wirkungsvolle Hilfe, die Haiti je erreicht hat.
- Haiti verfügt über verfassungsgemäße und legitimierte Organe der Exekutive und Judikative, die in die Lage versetzt werden müssen, weiter zu arbeiten. Insbesondere müssen das Lynchen und die Jagd auf Aristide-Anhänger gestoppt werden.
- Offensichtlich ist die Intervention in Haiti Teil eines ordnungspolitischen Vorstoßes, der dem gesamten karibischen Raum gilt. Die Aufmerksamkeit muss deshalb am 20.3. und zu jeder anderen Gelegenheit auch auf mögliche weitere Projekte der US-Regierung z.B. in Venezuela oder Kuba gerichtet werden.

Alexander King ist Diplomgeograph in Berlin

analysen, fakten & argumente

institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.

"... haben die Festungsherren beschlossen, sich künftig auch militärisch weltweit einzumischen. Mit eigenen Truppen – mindestens im Radius von 4.000 Kilometern rund um Brüssel. Panzerkreuzer Europa?"

isw-report 56

Dezember 2003, 3,00 EUR zzgl. Versand

Mitherausgeber: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Dokumentation zum Hearing in München

Mitherausgeber: Bündnis München gegen Krieg und Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

isw-spezial 18

Dezember 2003, 2,50 EUR zzgl. Versand

www.isw-muenchen.de

für Friedens- und Antikriegs-Initiativen: ab 10 Expl. versandkostenfrei / ab 20 Expl. 20% Rabatt

Bestellungen Gesamtprogramm

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V., Johann-v.-Werth-Str. 3 80639 München. fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

Zivilmilitärische Zusammenarbeit - Militarisierung der Gesellschaft

von Silke Reinecke

Die militärische Lösung von Konflikten und Durchsetzung von Interessen ist mittlerweile regelmäßiges Mittel deutscher Außenpolitik geworden.

Eine Grenze nach außen gibt es dabei nicht, wie Minister Struck am 13. Januar 2004 formulierte: „Mögliches Einsatzgebiet für die Bundeswehr ist die ganze Welt." Bereits in den aktuellen Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahre 2002 heißt es: „Künftige Einsätze lassen sich (...) weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen. Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art eines Einsatzes." Doch auch im Inneren beginnen militärische Anforderungen und Denkweisen zunehmend andere gesellschaftliche Bereiche zu durchdringen und die Grenze zwischen militärischem und rein zivilem Sektor zu verwischen. Die deutsche Gesellschaft rüstet auf. Über diese zivilmilitärische Zusammenarbeit im Inland soll im Folgenden berichtet werden. Dabei sind zwei wesentliche Aspekte von Bedeutung: Zum einen wird auf diese Weise versucht, den investiven Anteil des Verteidigungshaushaltes zu erhöhen, also den Prozentsatz, der für Beschaffungsprojekte (insbesondere Waffen und militärische Aufklärung) zur Verfügung steht. Zum anderen soll der „Arbeitsplatz Bundeswehr" schmackhaft gemacht und motiviertes Personal geworben werden.

Zivilmilitärische Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen

Bereits am 15. Dezember 1999 wurde zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und der Industrie der Rahmenvertrag "Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr" unterzeichnet. Aus anfänglich 33 Erstunterzeichnern wurden mittlerweile 705 überwiegend zivile Partnerunternehmen (Stand Ende 2002).

Dort heißt es: „Die Beteiligten vereinbaren im Interesse größtmöglicher betrieblicher Effizienz, die Bundeswehr von Aufgaben zu entlasten, die nicht zu den militärischen Kernfähigkeiten gehören und die durch moderne Formen der Kooperation und Finanzierung wirtschaftlicher erledigt werden können." Ziel dieses Vertrages ist „eine strategische Partnerschaft zum gegenseitigen Nutzen und Erfolg" (Berliner Erklärung vom 4. Mai 2000).

Was nicht zum reinen Kampfauftrag gehört, soll dabei nach Möglichkeit privatisiert werden, von der Verpflegung über die Lagerverwaltung bis zum Betrieb von Gefechtsübungszentren. Dieses Outsourcing hat nach Bundeskanzler Schröder auch eine Funktion als Gesellschaftsmodell: „Die Bundeswehr wird dabei eine Pilotfunktion für die öffentliche Verwaltung übernehmen." (Rede anlässlich der Unterzeichnung des Rahmenvertrages)

Immer mehr gesellschaftliche Bereiche werden offen oder verdeckt in die neue Militärstrategie eingebunden.

In einer Ressortvereinbarung zwischen dem BMVg und dem Finanzminister vom 14. Juni 2000 wurde zugesichert, dass sämtliche Effizienzgewinne aus der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft vollständig im Verteidigungshaushalt verbleiben - und dort für Beschaffungsprojekte verwendet werden dürfen. Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung oder dem Verkauf von Material und Grundstücken kommen dem Verteidigungshaushalt immerhin noch mit einem Anteil von 80% (bis zu einer jährlich festgelegten Höchstgrenze) zugute.

Als „unternehmerischer Arm des BMVg" hat die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH (g.e.b.b.) am 22. August 2000 ihre Arbeit aufgenommen. Ihre eigene Aufgabe beschreibt sie auf ihrer Homepage so: „Die g.e.b.b. berät das Bundesministerium der Verteidigung in Fragen von Wirtschaftlichkeit bei Beschaffung und Betrieb, entwickelt Konzepte für die Reorganisation von Servicefunktionen der Bundeswehr und führt als Holding die von ihr initiierten Beteiligungsunternehmen." Als Beispiel für letzteres kann die „BwFuhrparkService" dienen, ein Unternehmen von g.e.b.b. (75,1%) und Deutscher Bahn (24,9%). Auch das Bekleidungsmanagement wurde bereits erfolgreich privatisiert und ein Pilotprojekt zur Verpflegung mit 15 Truppenküchen gestartet. Und was hat mein Handy mit dem Krieg zu tun? Die g.e.b.b. vermietet Liegenschaften der Bundeswehr als Standorte für Mobilfunkmasten, vor allem für den Netzaufbau des neuen UMTS-Betriebes: Geld für neue Waffen, Planungssicherheit für die Mobilfunkbetreiber.

Die bekannten Unternehmensberater „Roland Berger Strategy Consultants, Ernst & Young Consulting und KPMG Consulting konnten als Auftragnehmer der g.e.b.b. in diesen und weiteren Geschäftsbereichen bereits insgesamt einen zweistelligen Millionenbetrag einstreichen.

Minister Struck bestätigte die bereits von seinem Vorgänger eingeleiteten Maßnahmen, obwohl die zusätzlichen Finanzquellen nicht im ursprünglich erhofften Umfang sprudelten. Standortreduzierung, Senkung der Betriebskosten auch durch Personalreduktion, Konzentration des Material- und Ausrüstungsplanes auf die Einsatzplanung etc. sollen zusätzlich dazu beitragen, die Investitionsquote von jetzt 25% auf 30% zu erhöhen. In einer Pressekonferenz am 2. Oktober 2003 sagte er: „Davon unbenommen bleibt es unser klares politisches Ziel, die Investitionsquote deutlich zu erhöhen. (...) Eine Anpassung des militärischen und zivilen Personalumfangs ist dazu unumgänglich. Dabei gilt der Grundsatz: Klasse statt Masse! Dies schafft Handlungsspielräume für die Erfüllung der neuen Aufgaben."

In der „Weisung für die Weiterentwicklung der Bundeswehr" heißt es unmissverständlich: „Der Gesamtansatz zur Wirtschaftlichkeit im Handeln (Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, g.e.b.b. etc.) wird fortgesetzt." Es bleibt also bei dem von Minister Scharping forcierten Weg der verstärkten zivilmilitärischen Zusammenarbeit.

Im Rahmenvertrag von 1999 haben sich die unterzeichnenden Unternehmen ausdrücklich verpflichtet: „an der Verwirklichung dieser Neuorientierung der Bundeswehr, der damit beabsichtigten Konzentration auf ihre Kernaufgaben und der Effizienzsteigerung ihrer Betriebs- und Beschaffungsprozesse aktiv und gestaltend mitzuwirken (und) im Interesse der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr die erforderlichen Unterstützungsleistungen zu übernehmen."

Durch diese zunehmende Verflechtung verschwimmt die Grenze zwischen Rüstungsindustrie und rein ziviler Industrie weiter. Immer mehr Menschen werden so auch ungewollt in die neue

Militärstrategie eingebunden, arbeiten in einem Unternehmen, das sich ausdrücklich auf die aktive Mitwirkung an dieser neuen Militärstrategie hat verpflichten lassen. Ob das jedem Menschen, der bei der Deutschen Bank, der Telekom, am Flughafen München, beim TÜV Nord, in einem der vielen unterzeichnenden zivilen Unternehmen von der Spedition über den Gastronomiebedarf bis zur Wäscherei wirklich klar ist?

Zivilmilitärische Zusammenarbeit in Personalfragen

Ein weiterer Aspekt der zivilmilitärischen Zusammenarbeit liegt darin, die Attraktivität des Arbeitsplatzes Bundeswehr zu steigern und dadurch die Nachwuchsrekrutierung zu erleichtern.

Im Juli 1999 wurde zu diesem Zweck eine „Qualifizierungs- und Bildungsoffensive der Bundeswehr" in Zusammenarbeit mit Industrie-, Handwerks- und Handelskammern gestartet. In der „Rahmenvereinbarung zwischen dem Bundesminister der Verteidigung und Unternehmen der Wirtschaft über die Förderung der Zusammenarbeit im Bereich beruflicher Qualifizierung und Beschäftigung" , unterzeichnet am 8. Juli 1999, heißt es: „Das Zusammenwirken zwischen Bundeswehr und Wirtschaft im Bereich beruflicher Qualifizierung und des Austausches von Arbeitskräften und Mitarbeitern ist ein seit langem bewährter Prozess. (...) Das enge Zusammenwirken auf allen Stufen von der Ortsebene bis zur Spitzenorganisation war und bleibt ein Garant für den Erfolg."

Verschiedene Instrumente wurden in diesem Rahmen geschaffen. So sponsort die Bundeswehr seit einigen Jahren im Rahmen des „Schaumburger / Berliner Modells" Lehrstellen durch einen finanziellen Zuschuss an einen zivilen Ausbildungsbetrieb. In der Broschüre „Es geht voran für die Menschen in der Bundeswehr" (Hrsg. BMVg) heißt es: „Folgendes Konzept steht dahinter: Wirtschafts- und Industrieunternehmen stellen Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Ausbildungszeit der jungen Frauen und Männer wird durch die Bundeswehr finanziell unterstützt. Gleichzeitig erhalten die Azubis bereits zu Beginn ihrer beruflichen Karriere eine feste Zusage der Bundeswehr, ihren beruflichen Werdegang als Soldat auf Zeit fortsetzen zu können. Das heißt im Klartext: Eine Arbeitsplatzgarantie bis zu zwölf Jahren! Auf dem freien Markt werden junge Bewerberinnen und Bewerber kaum ein vergleichbares Angebot finden." Bislang haben nach Bundeswehrangaben rund 570 Auszubildende daran teilgenommen Wenn diese Beispiel Schule macht, wird in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit und erheblichen Lehrstellenmangels Jugendlichen in einigen Regionen kaum eine andere Chance bleiben, als die militärische Laufbahn einzuschlagen.

Als Belohnung für Kriegsdienste dient nicht nur der Sold während der Militärjahre, sondern auch noch ein begehrter Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst, wenn Bewerber mit rein ziviler Vergangenheit nachrangig behandelt werden.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, bei der Bundeswehr selbst eine Zivilausbildung zu absolvieren. In 56 verschiedenen Berufen - wie z.B. Chemielaborant/-in, Fotograf/in, Koch/Köchin, Kfz-Mechaniker/-in oder Rettungsassistent/-in - werden gegenwärtig ca. 4500 junge Menschen beschäftigt. Dafür stehen 35 bundeswehreigene Ausbildungswerkstätten und rund 350 Ausbildungsstätten der Streitkräfte und der Bundeswehrverwaltung zur Verfügung. Damit werden künftig immer mehr Menschen in zivilen Berufen arbeiten, die während ihrer Ausbildung vom ersten Tag an von militärischem Gedankengut beeinflusst wurden und die Bundeswehr als „ganz normalen" Arbeitgeber betrachten. Zivilen Betrieben wird damit zusätzlich erleichtert, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen: Sie bekommen qualifiziertes Personal bereitgestellt, ohne selbst ausbilden zu müssen.

Auch während der Dienstzeit bestehen für Soldatinnen und Soldaten zahlreiche Weiterbildungsmöglichkeiten. So ist es nicht nur möglich, Gesellen-, Facharbeiter- oder Fachschulabschlüsse zu erwerben. Auch Meisterprüfungen nach der Handwerksordnung können abgelegt werden - im zivilen Leben eine nervenaufreibende und teure Angelegenheit. Das BMVg verspricht in seiner Broschüre „Arbeitgeber Bundeswehr": „Zahlreiche Kooperationen mit mehr als 100 Industrie- und Handelskammern und die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ermöglichen, dass grundsätzlich jeder länger dienende Soldat die Bundeswehr mit einem höheren Grad zivilberuflicher Qualifikation verlassen kann, als sie bzw. er beim Dienstеintritt hatte." Der Berufsförderungsdienst der Bundeswehr investiert dabei jährlich eine dreistellige Millionensumme, die überwiegend zivilen Bildungseinrichtungen zufließt. Für Offiziersanwärter/-innen herrschen darüber hinaus Studienbedingungen, von denen ein ziviler Bafögempfangender und jobbender Studierende nur träumen kann. Je nach Studienfach (Medizin) erfolgt das Studium auch an einer zivilen Universität, die Studienplätze werden für soldatische Bewerberinnen und Bewerber reserviert, ungeachtet der sonstigen Zugangsbeschränkungen.

Damit der Übergang nach der aktiven Dienstzeit in das zivile Berufsleben möglichst reibungslos verläuft, steht der Berufsförderungsdienst der Bundeswehr mit finanzieller Förderung und individueller Beratung bereit. Auch hierbei findet eine enge Zusammenarbeit statt: „Im Rahmen der Kooperation mit der Wirtschaft hat die Bundeswehr das Ausbildungscoaching geschaffen. Länger dienende Zeitsoldaten können bis zu vierwöchige Betriebspraktika absolvieren, zum Reinschnuppern, zum Kennenlernen des zivilen Arbeitslebens und um Kontakte zu knüpfen. (...) Während dieser Zeit erhalten die Soldaten natürlich weiterhin ihr übliches Gehalt." (aus: „Es geht voran...")

Damit haben Militärangehörige einen unaufholbaren Vorteil gegenüber zivilen Konkurrenten: Welcher Betrieb würde nicht Praktikantinnen und Praktikanten bevorzugen, die er nicht bezahlen muss? Und die „geknüpften Kontakte" helfen natürlich bei der späteren Bewerbung.

Nicht zu unterschätzen ist auch, dass „länger dienende Soldatinnen auf Zeit oder Soldaten auf Zeit (mind. zwölf Jahre) bevorzugt in den öffentlichen Dienst eingegliedert werden." (aus: „Arbeitgeber Bundeswehr")

Gleiches wurde in der Publikation „Die Bundeswehr der Zukunft - Sachstand der Reform" vom 1. Juni 2001 auch dem Zivilpersonal versprochen, dass die Bundeswehr künftig einsparen möchte, um die frei werdenden Gelder anderweitig zu verwenden: „Die Ministerpräsidenten der Bundesländer, die anderen Bundesressorts und die Kommunalverbände wurden gebeten, bei der externen Besetzung von Stellen ihres Bereichs Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bundeswehr einzubeziehen. Im Haushaltsrundschreiben des BMF vom 21. Dezember 2000 zur Haushaltsführung 2001 wurde auf Veranlassung des BMVg eine Verpflichtung der Bundesressorts und deren nachgeordneter Behörden aufgenommen, vor der externen Besetzung freier Stellen mit dem BMVg Kontakt aufzunehmen. (...) Mit Erlass vom 12. April 2001 zur personellen Umsetzung der Strukturmaßnah-

men im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeswehr ist die Priorität der Unterbringung nochmals ausdrücklich hervorgehoben worden. Danach ist sowohl vor Förderungsmaßnahmen als auch vor Neueinstellungen bundesweit zu prüfen, ob Personal im Überhang für die wahrzunehmende Aufgabe zur Verfügung steht."

Die Frage „Haben Sie gedient?" oder „Haben Sie wenigstens für die Armee gearbeitet?" gewinnt damit brisante Aktualität. Als Belohnung für Kriegsdienste dient nicht nur der Sold während der Militärjahre, sondern auch noch ein begehrter Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst, wenn Bewerber mit rein ziviler Vergangenheit nachrangig behandelt werden.

Eine wesentlich Rolle für die Aufgabenerfüllung der Bundeswehr sollen auch Reservistinnen und Reservisten spielen. Am 10. September 2003 erließ Minister Struck die „Konzeption für die Reservisten und Reservistinnen der Bundeswehr (KResBw)", die einen „konzeptionellen Neuansatz" darstelle.

Reservistinnen und Reservisten stehen alle Verwendungsmöglichkeiten bis hin zum Kampfeinsatz offen, auch um dadurch die „Einsatzbelastung der Truppe" zu reduzieren. Besonders hoch bewertet wird auch hier die Nutzung der bereits zivilberuflich erworbenen Qualifikation und die enge Abstimmung mit der Arbeitgeberseite. Zusätzlich sollen Reservistinnen und Reservisten eine politische Aufgabe in der Gesellschaft erfüllen: „Reservistinnen und Reservisten sind Mittler zwischen Bundeswehr und zivilem Teil der Gesellschaft. Sie tragen zur Erhaltung der Wehrmotivation bei und vertiefen das Bewusstsein für sicherheitspolitische Zusammenhänge." Nicht zuletzt deswegen wird die „Gewinnung von Führungskräften aus dem zivilen Bereich als Multiplikatoren für die Bundeswehr" angestrebt, oder, deutlicher formuliert: Viele Freiwillige sollen in ihrem zivilen Umfeld Propaganda für die Bundeswehr machen.

Zusammengefasst: Durch zahlreiche zivilmilitärische Kooperationsformen wird die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr gesteigert und die Nachwuchsrekrutierung erleichtert. Viele junge Menschen, die vielleicht eher aus Not denn aus Überzeugung den Weg zum Militär wählen, werden vom ersten Tag an die Bundeswehr gebunden und stehen wiederum später als Reservisten zur Verfügung.

Die zivilen Betriebe bekommen ohne eigene Anstrengungen gut ausgebildetes Personal oder finanzielle Zuschüsse für die verbliebenen eigenen Aktivitäten, so sie denn (künftige oder ehemalige) Soldatinnen oder Soldaten beschäftigen. Die gesamtgesellschaftlich niedriger werdenden Standards in puncto Ausbildungsbereitschaft, Bezahlung, Weiterbildungsaktivitäten etc. werden auf diese Weise für die Betriebe teilweise kompensiert.

Doch auch im Inneren beginnen militärische Anforderungen und Denkweisen zunehmend andere gesellschaftliche Bereiche zu durchdringen und die Grenze zwischen militärischem und rein zivilem Sektor zu verwischen.

So kann das BMVg zu seiner Erfolgsbilanz kommen: „Die Zahlen sprechen für den Erfolg des Vorhabens: Über 100 Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern und eine große Zahl von Unternehmen arbeiten inzwischen mit der Bundeswehr Hand in Hand. Zum beiderseitigen Vorteil wurde ein gut funktionierendes Netzwerk mit gemeinsamen Projekt- und Arbeitskreisen aufgebaut."

Schlussfolgerung

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Immer mehr gesellschaftliche Bereiche werden offen oder verdeckt in die neue Militärstrategie eingebunden. Die Auf- und Umrüstung zu einer Angriffsarmee verändert die Bundesrepublik Deutschland bereits jetzt auch im Inneren. Welche Gewerkschaft, welcher Arbeitnehmer, der um seinen Arbeitsplatz fürchtet, welche Aktionärin, die um den Kurs der Aktie fürchtet, wird noch widersprechen wollen, wenn in einem zivilen Betrieb die Beteiligung an einem Projekt mit der Bundeswehr ansteht? Welcher Jugendliche ohne Lehrstelle, welche hochqualifizierte Arbeitslose auf verzweifelter Jobsuche kann es sich noch leisten, den Verlokkerungen eines sicheren Arbeitsplatzes bei der Bundeswehr zu widerstehen? Es ist Aufgabe aller friedenspolitisch engagierten Menschen, diese Entwicklung zu stoppen und umzukehren. Wir müssen verhindern, dass die Grenze zwischen zivilem Leben und militärischem Denken noch stärker verwischt. Dazu gehört einerseits, die oben genannten Fakten bekannt zu machen und zu bekämpfen, dazu gehört aber auch, für soziale Rechte und Sicherheit zu kämpfen, für Ausbildung und Beschäftigung zu gerechten Löhnen und für menschen- und umweltfreundliches Wirtschaften. Nur dann wird eine zivile Gesellschaft auch unabhängig vom Militär auf Dauer existieren können.

Silke Reinecke ist IMI-Beirätin

Großmacht mit neuen Mitteln

Die Berliner Republik in Europa

von Christoph Marischka

Mit Beginn des Umzugs der bundesdeutschen Regierung und des Parlamentes aus dem kleinen, fast möchte mensch sagen „verschämten" Bonn in die historische Hauptstadt Berlin formulierte Kanzler Schröder seine Vorstellungen künftiger Außenpolitik der Berliner Republik in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften". Unter dem Titel „Eine Außenpolitik des ´Dritten Weges´?" konstatiert er zunächst: *„Für die modernen Industrienationen gibt es keine ´rechte´ oder ´linke´ Außenpolitik, mithin keinen ´Dritten Weg´"*. Denn: *„Jede Außenpolitik ist zunächst einmal Interessenpolitik"*. Schröder zeichnet in diesem Text ein Bild von Deutschland als einer normalen Nation, für die es nun angemessen sei, *„...sich selbst als eine große Macht in Europa zu sehen – wie es unsere Nachbarn längst tun – und seine Außenpolitik entsprechend auszurichten, um sie im Rahmen der europäisch-atlantischen Strukturen zu verfolgen."*

Der Begriff „Großmacht" wurde so zwar rhetorisch umschifft, der Anspruch, als großer, mächtiger und wieder souveräner Staat internationale Interessenpolitik zu betreiben wurde aber gestellt. Im gleichen Atemzug bekennt sich Schröder dabei zu den europäischen und transatlantischen Bündnissen, der EU und der NATO. Diese Einbindungen waren seit dem zweiten Weltkrieg Bedingungen für Wiederbewaffnung, Wiedervereinigung und vollständige Souveränität. So hat die BRD auch *„besser vielleicht als die meisten anderen Länder gelernt"*, seine Interessen diplomatisch, innerhalb internationaler Institutionen und Bündnisse durchzusetzen. Dass dies ebenso zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen kann, verschweigt Schröder nicht, sondern verkehrt er ins Positive: *„Die Verantwortung, die Europa zur Eindämmung des Mordens im Kosovo übernommen hat, ist (...) tatsächlich ein Gründungsakt für ein ´Europa der Menschen´"*.

Die EU war allerdings nicht nur Voraussetzung einer neuen selbstbewussten deutschen Außenpolitik, sie ist, so meine These, auch deren Mittel. Die Bundesrepublik hat die Europäische Integration vorangetrieben und wie kein anderer Staat ihre Ausgestaltung in den letzten Jahren bestimmt. Das Interesse hinter dieser Außenpolitik zeigt sich immer deutlicher: Nach dem Wiedererlangen staatlicher Souveränität verfolgt die Bundesregierung handfeste Großmachtansprüche, indem sie ihre dominante Einbettung in die EU nutzt um sich deren Ressourcen nutzbar zu machen. Schröder bezeichnet dies so: *„Deutschland macht heute Außenpolitik in Europa, für Europa und von Europa aus."*[1]

Betrachten wir die Entwicklung der europäischen Union in den letzten Jahren. Die Vergemeinschaftung ist auf dem Gebiet der Geld- und Währungspolitik durch die Europäische Währungsunion (EWU) am weitesten fortgeschritten, die teilnehmenden Staaten gaben ihre diesbezügliche Souveränität auf und die nationalen Zentralbanken gaben ihre Kompetenzen an die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt ab. Dass die EZB in Deutschland eingerichtet wurde ist allerdings bei Weitem kein Zufall. Die D-Mark war die stärkste und stabilste Währung des Kontinents und nahm in Europa und darüber hinaus die Stellung einer regionalen Leitwährung ein[2]. Die Teilnahme Deutschlands war also fundamental für das Zustandekommen der EWU. Die bundesdeutsche Regierung hat die Währungsunion ja auch vorangetrieben, aber stets unter der Bedingung, dass die Preisstabilität oberste Priorität haben soll, die EZB nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank organisiert wird und von der jeweiligen Regierung unabhängig ist. So wurde der institutionelle Rahmen der zukünftigen EU-Geld- und Währungspolitik von Deutschland vorgegeben. Der Euro wurde auf den monetären Grundlagen der DM aufgebaut, sein Währungsraum erstreckt sich aber auf ein Gebiet mit ähnlich viel Bevölkerung und Wirtschaftsvolumen wie der US-Dollar[3], mit dem er in eine Konkurrenz als Leit- und Reservewährung tritt.[4] Die Stellung als Leit- und Reservewährung bringt dem jeweiligen Währungsraum wirtschaftliche und politische Privilegien, welche bislang die USA innehaben aber an die EU verlieren könnten. Damit die Durchsetzung des Euro klappt, er trotz erweitertem, multinationalem Raum ähnlich stabil bleibt wie die DM, drängte die bundesdeutsche Regierung auf strenge wirtschaftliche Voraussetzungen an die teilnehmenden Länder. Durch diese Konvergenzkriterien und den Wachstums- und Stabilitätspakt wurden den teilnehmenden Staaten ein nur sehr enger Raum für finanzpolitische Maßnahmen gelassen. Der Wachstums- und Stabilitätspakt macht zum Beispiel antizyklische Finanzpolitik - die Erhöhung der Staatsausgaben zur Ankurbelung der Wirtschaft - unmöglich und stellt somit einen Zwang zum Sozialabbau dar. Deutschland hat es zusammen mit Frankreich geschafft, durch die EWU den anderen EUropäischen Staaten ihre Finanzpolitik vorzuschreiben.

In den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vom 21.Mai 2003, die per Erlass die Strategie der Bundeswehr bestimmen, heißt es zu Recht *„Deutschland hat in den vergangenen Jahren bei den Beschlüssen der EU zur Ausgestaltung der ESVP [Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik] eine Schlüsselrolle gespielt."*[5] Dabei ging es vor Allem darum, EU-Truppen für eigene Kampfeinsätze weltweit auszurüsten und institutionelle Bedingungen und Strukturen für EU-Missionen und ad-hoc-Koalitionen einzelner EU-Mitglieder zu schaffen. Kern der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt die EU-Eingreiftruppe mit einem Kontingent von 60.000 Soldaten. Von ihnen stellt Deutschland ein knappes Drittel – 18.000 - und damit den größten Anteil. Diese seit Mai 2003 einsatzbereite Eingreiftruppe ist explizit dafür gedacht, auch unabhängige Kampfeinsätze außerhalb der NATO-Strukturen zu ermöglichen. Zwar war ihr Aktionsradius anfangs nominell auf 4000 km um Brüssel beschränkt, spätestens die Militärmission „Artemis" im Kongo zeigte aber, dass zukünftig weltweit deutsche Soldaten unter EU-Fahnen eingesetzt werden können. Die VPR ebnen zugleich den Weg für deutsche Alleingänge: *„Künftige Einsätze lassen sich wegen des umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen."*[6]

Im gegenwärtig diskutierten Entwurf für eine EU-Verfassung sollen alle teilnehmenden Staaten zur Aufrüstung verpflichtet werden („Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" Artikel I-40, Absatz 3), ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische

Fähigkeiten soll die Rüstung koordinieren. Die Staaten werden zugleich zur militärischen Loyalität gezwungen („Die Mitgliedstaaten unterstützen die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität und achten die Rechtsakte der Union in diesem Bereich. Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit schaden könnte." Artikel I-15, Absatz 2) (Zudem)gibt es keine Chance strukturierte militärische Zusammenarbeit und Rückgriff auf EU-Kapazitäten zur Kriegsführung zu verhindern. „Es könnte sich also die absurde Situation ergeben, dass eine Gruppe von EU-Staaten – möglicherweise gegen den offenen Widerstand anderer Mitgliedsländer – zur Planung und Durchführung von EU-Kriegseinsätzen auf EU-Institutionen zurückgreift."[7]. Solche Einsätze wird sich zunächst nur Kerneuropa leisten können. Mit Josef Fischer wird der erste EU-Außenminister vermutlich ein Deutscher sein. Über die militaristischen Elemente herrscht dennoch weitgehend Konsens unter den Regierenden der EU. Streitpunkte zwischen den Staaten sind jedoch die Machtverhältnisse in Kommission und Ministerrat. Die EU-Kommission soll 2009 auf fünfzehn Kommissare verkleinert werden, was bedeuten würde, dass nicht mehr jeder Staat in der Kommission vertreten wären. Einige der neuen und kleineren Staaten wollen sich das nicht bieten lassen. Deutschland und Frankreich drängen als bevölkerungsreichste Staaten auf die doppelte Mehrheit im EU-Ministerrat. Diese doppelte Mehrheit kommt nur zu Stande, wenn nicht nur die Mehrheit der Staaten zustimmt, sondern diese zugleich 60% der Bevölkerung repräsentieren. Mit einem dritten Partner wäre das deutsch-französische Kerneuropa also nicht überstimmbar. An diesem Punkt scheiterten die Verhandlungen um die EU-Verfassung Mitte Dezember 2003. Die Schuld wurde der polnischen Regierung zugeschrieben, welche sich wie Spanien verständlicherweise gegen die doppelte Mehrheit wehrte und die Regelungen für Mehrheitsentscheide aus dem Vertrag von Nizza beibehalten wollten. Die deutsche und die französische Delegation beharrten aber auf ihrem Machtzuwachs und ließen den Gipfel platzen - wohlwissend, dass sie sich langfristig durchsetzen werden, denn deutsche und französische Zustimmung ist notwendige Bedingung für das Zustandekommen der Verfassung wie für die EU insgesamt. Der Ausgang der spanischen Wahlen und die Ankündigung des neuen Ministerpräsidenten José Zapatera sich dem deutsch-französischen Kerneuropa anzunähern und den Widerstand gegen die Verfassung aufzugeben, dürfte deren Verabschiedung erheblich beschleunigen.

Nationalstolz und Identität

Parallel zu diesem gewachsenen internationalen Gestaltungsanspruch findet innerhalb Deutschlands eine ebenso besorgniserregende Entwicklung statt. Eine breite Allianz aus Politikern, Medien, Publizisten, Künstlern und Intellektuellen ruft die Bevölkerung zu einem Wir-Gefühl auf und zelebriert wie von den Leinen gelassen Nationalstolz. Der Begriff „Leitkultur", zunächst von Friedrich Merz in der rechtsextremistischen Zeitung „Junge Freiheit" propagiert, drang auf die politische Agenda und die Frage, was nun spezifisch deutsch sei, wurde in den Medien hoch und runter diskutiert. Stets von der zugegebenermaßen altbekannten Forderung an die MigrantInnen begleitet, sich mehr zu integrieren.

Zur gleichen Zeit prägten verschiedene Plakatkampagnen das Bild deutscher Städte: „Familie Deutschland", „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen", später „Deutschland bewegt sich". Ausgerechnet die bis dato irgendwie als „links" eingestufte Pop-Band „Mia" veröffentlichte Anfang 2003 ein Lied mit dem Titel „Was es ist". Mia „...betreten neues deutsches Land": *„Fragt man mich jetzt, woher ich komme, tu ich mir nicht mehr selber Leid. Ich riskier was für die Liebe. Ich fühle mich bereit."*[8] Gleichzeitig fordern Mia auf der Internetseite ihres Labels R.O.T. unter dem Titel „Angefangen" zu einer Diskussion über die wahren Werte der deutschen Gesellschaft auf. In der Zeit eröffnet Theo Sommer im Oktober eine 29-teilige Serie „Leben in Deutschland", der Versuch einer *„Entdeckungsreise in das eigene Land"* und der *„Anatomie einer Nation"*[9]. Das ZDF feierte etwas später in seiner Show „Unsere Besten" *„große deutsche Persönlichkeiten"* und lässt das Publikum Konrad Adenauer, den ersten Bundeskanzler der BRD, zum größten Deutschen wählen. Im Kino können wir die Heldentaten von Luther, der deutschen Fußballnationalmannschaft („Das Wunder von Bern") und deutschen Vorzeigearbeitern („Das Wunder von Lengede") bewundern. Das Lifestyle-Magazin „Max" färbte sein Logo für die Novemberausgabe unter dem Titel „Made in Germany – Warum wir besser sind als alle glauben" schwarz-rot-gold ein. Der Stern begründet dies mit einem *„Hunger nach Geschichte jenseits der Nazi-Zeit"*[10], die Berliner Morgenpost jubelt, Deutschland würde endlich begreifen *„dass seine Geschichte große Erzählungen bietet, auch solche, deren Kraft über den Bruch von 1933/45 hinweg trägt"*[11].

Dieser nationalistische Pathos mit bisweilen revisionistischen Komponenten findet sich gegenwärtig in

vielen Diskussionen um das Tragen von Kopftüchern, den EU-Beitritt der Türkei, das Vertriebenenzentrum, Gedenkstätten etc., wieder. Die Deutschen in zerbombten Städten und die Vertriebenen stellen sich derweil als Opfer dar. Aus dem Trümmerhaufen der Dresdner Frauenkirche, bisher Mahnmal gegen Krieg und die, die ihn angefangen haben, wurde wieder das alte Monument aufgebaut: Als Mahnmal gegen deutschen Kleinmut und scheinbarer Beweis dafür, das dunkle Kapitel der Geschichte auch irgendwann endgültig vorbei sind oder gar positive Kraft entfalten können.

Davon gehen offensichtlich verschiedene auch „linke" Intellektuelle in Europa aus. Adolf Muschg schreibt in seinem Artikel „´Kerneuropa´- Gedanken zur europäischen Identität" in der NZZ: *„Der Kern des alten Europa ist ein Riss, der zum Grundriss eines neuen wurde. Mitten auf historischen Schlachtfeldern sind, von Brüssel über Luxemburg bis Strassburg, die EU-Hauptstädte angesiedelt wie Klammern über einer Wunde, die sich nie mehr öffnen soll. Dieses Kerneuropa hat Frieden mit sich selbst schliessen gelernt, á tout prix"*[12]. Berauscht von den europäischen Demonstrationen gegen den Irak-Krieg am 15.Februar 2003 hatte Habermas mit seinem französischen Kollegen Jacques Derrida eine Initiative ergriffen, die darin mündete, dass europäische Intellektuelle und der Amerikaner Richard Rorty am 31. Mai 2003 in verschiedenen wichtigen europäischen Zeitungen[13] Artikel veröffentlichten, die dafür warben *„Europa [müsse] sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren"*. Habermass und Derrida schreiben in ihrem Aufruf „Unsere Erneuerung nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas" in der FAZ, Kerneuropa müsse *„in einem ´Europa der zwei Geschwindigkeiten´ mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang machen"*. Denn in der EU erkennen Habermass und Co Rechtsstaaten in einem Staatenbund vereinigt, wie ihn Kant als Voraussetzung „zum ewigen Frieden" sah. Von besonderer Qualität sei dafür auch die europäische Identität, so die Argumentation, die aus ihren andauernden zwischenstaatlichen Kriegen und letztlich dem „dritten Reich" gelernt hätte, Konflikte friedlich durch Kooperation und internationales Recht auszutragen. Damit werden die deutsche Mega-Aggression und der Holocaust geradezu zu konstituierenden Momenten europäischer Identität und fast möchte man herauslesen, die USA sollten auch mal derart auf die Schnauze fallen wie damals Deutschland, damit sie lernen, sich Länder ohne Krieg einzuverleiben.

Die Mär von der Zivilmacht

Dieser Versuch von Habermas, eine europäische Identität als Friedensmacht zu stiften, indem die Demonstrationen gegen den Irak-Krieg diskursiv erhöht werden, ist vielleicht gut gemeint aber in mehrfacher Hinsicht problematisch. Zunächst einmal wird diese Identität durch Abgrenzung gegenüber den USA konstruiert, denen Europa auf der weltpolitischen Bühne entgegentreten soll. Ein Übergang von einer unipolaren internationalen Ordnung in eine bi- oder multipolare birgt aber erhebliches Konfliktpotential[14]. Auch eine Großmacht Europa wird Kriege führen, sonst würde sie nicht Aufrüsten. Zweitens wird die eigene Kultur (*„Christentum und Kapitalismus, Naturwissenschaft und Technik, römisches Recht und Code Napoleon, die bürgerlich-urbane Lebensform, Demokratie und Menschenrechte, die Säkularisierung von Staat und Gesellschaft"*) unkritisch zur besten aller möglichen Welten erhoben, die es in alle Welt zu exportieren gelte. Dieser Kulturimperialismus ist aber genau die falsche Antwort auf einige Fanatiker, die den „Kampf der Kulturen" ausrufen wollen. Diese Kultur ist außerdem im Wesentlichen eine Kerneuropäische, deutsch-französische. Nicht genug damit, dass die zukünftige europäische Nationalhymne wohl „Freude schöner Götterfunken" heißen wird, als Identitätsstifter treten nun ein deutscher und ein französischer Philosoph auf, die mit Rückgriff auf Kant und die Werte der französischen Revolution unter Anderem den Kapitalismus als europäische Kultur definieren. Dass dieser Kapitalismus aber östlich von Braunschweig gerade einmal 14 Jahre alt ist, verdeutlicht diese Problematik.

Drittens flankieren Habermas und Derrida die Argumentation der führenden Politiker, die ihre Großmachtsansprüche über die Mär von der Zivilmacht Europa zu legitimieren versuchen und ignorieren dabei völlig die militaristischen Aspekte der EU. Sie ignorieren auch, dass viele der hochgelobten europäischen Werte leere Worthülsen und politische Kampfbegriffe sind: Demokratie ist immer das, was im eigenen Staat herrscht und Verletzung der Menschenrechte sind das, was die Anderen machen. Sie verklären die gegenwärtige Entwicklung der europäischen Staaten zu Kontrollgesellschaften mit Kameraüberwachung, biometrischer Erfassung, Sicherheitsverwahrung, und Rasterfahndung, sie verklären den Ausbau der Festung Europa mit ihrem menschenunwürdigen Umgang mit Flüchtlingen und sie verklären den Sozialabbau, der Menschen in die Armut drängt und Mechanismen zur Zwangsarbeit bereitstellt, sie verklären Nationalismus, Antisemitismus und den diskriminierenden Umgang mit Menschen arabischer Herkunft im Krieg gegen den Terrorismus indem sie die eigene Kultur feiern und den Politikern Argumente für deren Expansion liefern.

Habermas geht in Kantscher Tradition von falschen Voraussetzungen aus. Dieser veröffentlichte im Jahre 1795 seinen philosophischen Entwurf „Zum Ewigen Frieden". In ihm formuliert er sechs Präluminarartikel und drei Definitivartikel, welche als Handlungsanweisung hin zu einer friedlichen Weltgesellschaft zu verstehen sind. Die Welt soll nach Kant in Staaten aufgeteilt sein, welche den Menschen durch das Staatsbürgerrecht Sicherheit und Ordnung bringen. Damit diese Staaten nicht mehr untereinander Krieg führen, forderte er: *„Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate [soll] republikanisch sein*", denn: *„Wenn (wie es in dieser Verfassung nicht anders seyn kann) die Beystimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, „ob Krieg seyn solle, oder nicht," so ist nichts natürlicher, als daß, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müßten [...], sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen: Da hingegen in einer Verfassung, wo der Unterthan nicht Staatsbürger, diese also nicht republikanisch ist, es die unbe-*

denklichste Sache von der Weit ist [...], weil das Oberhaupt nicht Staatsgenosse, sondern Staatseigenthümer ist, durch den Krieg nicht das mindeste einbüßt, diesen also wie eine Art von Lustparthie aus unbedeutenden Ursachen beschließen [...] kann."[15]

Eine solche friedensfördernde Verfassung zeichnete sich nach Kant durch ein allgemeines Staatsbürgerrecht und die Trennung von Legislative und Exekutive aus. Die Wissenschaft der Internationalen Beziehungen formulierte von Kants Überlegungen aus die These des Demokratischen Friedens die besagt, dass liberale Demokratien untereinander keine Kriege führen, bzw. dass liberale Demokratien keine Angriffskriege führen würden. Die Realität im internationalen System zeigt jedoch ein anderes Bild[16]: Vor allem sogenannte liberale Demokratien führen Angriffskriege im klassischem Sinne. Das kann zweierlei Ursachen haben: Entweder kann auch die Bevölkerung aus rationalen oder nationalistischen Gründen für einen Krieg sein, oder die Bevölkerung hat auch in den sogenannten Demokratien nur beschränkt Einfluss auf das (außenpolitische) Handeln des Staates. Wahrscheinlich ist beides richtig. In modernen asymmetrischen Kriegen und einer Welt die stark vereinfacht in produzierende und konsumierende Staaten aufgeteilt werden kann, können sich Kriege für die Angreifer wirtschaftlich durchaus auszahlen. Nationalistisches und rassistisches Denken führt dazu, dass die Leiden der angegriffenen Bevölkerung nicht als „Kosten" wahrgenommen werden. Auf der anderen Seite entspricht das Handeln der Regierung – gerade in der Außenpolitik – auch in Demokratien nicht zwangsläufig dem „Willen der Bevölkerung", wie die offene Unterstützung des Irak-Krieges durch Spanien und Italien und die klammheimliche Unterstützung Deutschlands beweisen. Abgesehen davon, dass die öffentliche Meinung ohnehin ein Konstrukt ist, wird der Willensbildungsprozess vornehmlich von den politischen Eliten und ihren außenpolitischen Interessen gesteuert[17].

Habermas sieht das anders. In den Demonstrationen gegen den Irak-Krieg erkennt er die Merkmale einer deliberativen Demokratie, in der die Menschen jederzeit aktiv in den Diskurs eingreifen und gleichberechtigt mit der Macht ihrer Argumente am Willensbildungsprozess teilnehmen können. Außer Acht lässt er dabei aber, dass die Demonstrationen in Italien und Spanien wenig Effekt auf die Außenpolitik der jeweiligen Regierung hatten und in die Demonstrationen in Deutschland durch die pazifistische Lippenbekenntnisse der Regierung diese in ihrer Politik der Gegenmachtbildung eher unterstützt denn kritisiert haben.

Großmacht mit neuen Mitteln

Deutschlands Außenpolitik ist keine Weltinnenpolitik im kantschen Sinne, sondern, Schröder sieht das ganz realistisch: *„Jede Außenpolitik ist zunächst einmal Interessenpolitik"*. Und: *„Deutschland macht heute Außenpolitik in Europa, für Europa und von Europa aus."*

Zwar entscheidet, wenn es hart auf hart kommt, militärische Macht als Ultima Ratio, im politischen Alltagsgeschäft aber zählen vor allem andere Machtressourcen, sogenannte „Soft Powers": Ökonomische Stärke, diplomatisches Geschick, Vertrauen durch die Verbündeten und kulturelle Ausstrahlungskraft[18]. *„Anders als in früheren Jahrhunderten, als der Krieg noch der grosse Schiedsrichter war, kommen heute die interessantesten Arten von Macht nicht aus einem Gewehrlauf.[...] Viel eher zahlt es sich heute aus, dass man andere dazu bringt, das zu wollen, was man will"*[19]. Dass sich Deutschland und die EU gegenüber der USA bisher auf legalem und diplomatischen Wege in UNO und WTO durchsetzen wollen ist selbstverständlich, denn diese institutionelle Ebene ist das Schlachtfeld, auf dem die EU ähnliche Machtressourcen vorweisen kann, wie die USA, militärisch ist sie offensichtlich unterlegen. Auf dieser Ebene ist Kerneuropa und vor allem Deutschland dominant. Schon Thomas Mann träumte von den Deutschen als die *„Schulmeister, die Philosophen, die Theosophen für Europa und die ganze Welt"*.

Scheinbar gelingt es der gegenwärtigen Bundesregierung mit ihrer Europa-Politik, zumindest diplomatisch und kulturell, Europa zu dominieren und als globalen Akteur u.A. gegen die USA in Stellung zu bringen. Deutschland ist wieder eine Großmacht geworden, mit anderen Mitteln. Die Umstrukturierung der Bundeswehr zur globalen Interventionsmacht, die Ankündigung der Regierung, sich verstärkt in Afrika zu engagieren und die Aufrüstung der EU weisen darauf hin, dass man sich zukünftig immer weniger auf diese Soft Powers beschränken wird.

Christoph Marischka ist IMI-Beirat

Anmerkungen

[1] Alle bisherigen Zitate: Schröder, G.: Eine Außenpolitik des „Dritten Weges"? in Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 7-8 1999

[2] Risse, T. u. A.: To Euro or not to Euro? The EMU and Identity Politics in the European Union. In: European Journal of International Relations Vol. 5(2), SAGE 1999, S. 163

[3] Von Scherpenberg, J.: Europe and America in the World Economy. In: Baier Allen, S.: The Future of Euro-Atlantic Relations, Nomos, Baden-Baden 2000, S. 83

[4] www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/politikfelder/euro_html

[5] Zitiert nach: Pflüger, T.: Deutschland ist kriegsbereit nach innen und außen, in: Zeitung gegen den Krieg Nr. 15 2003

[6] ebd.

[7] Wagner, J.: Partner oder Gegner?, http://www.imi-online.de/2004.php3?id=835

[8] Meinhold, P.: Es ist, was es ist: saudämlich, in: taz, 12.11.2003, S. 20,

[9] Sommer, T.: Leben in Deutschland, in: DIE ZEIT 02.10.2003

[10] Von Festenberg, N. u. Wolf, M.: Helden, bitte melden, in: Stern 01.12.03

[11] Fuhr, E.: Lieb´ Vaterland, in: Berliner Morgenpost 29.12.2003

[12] Muschg, A.:"Kerneuropa" Gedanken zur europäischen Identität, in: NZZ 31.5/1.6.2003

[13] Adolf Muschg in der NZZ, Umberto Eco in „La Republica", Gianni Vattimo in „La Stampa", Fernando Savater in „El País", Richart Rorty in "Süddeutsche Zeitung", Jacques Derrida und Jürgen Habermas in "Libération" und FAZ.

[14] Wagner, J. aaO.

[15] Etwas kürzer beschreibt er diesen Gedanken später in einer Fußnote: „So gab ein bulgarischer Fürst dem griechischen Kayser, der gutmüthigerweise seinen Streit mit ihm durch einen Zweykampf ausmachen wollte, zur Antwort: ´Ein Schmidt, der Zangen hat, wird das glühende Eisen aus den Kohlen nicht mit seinen Händen herauslangen.´"

[16] Link, W.: Zur internationalen Neuordnung – Merkmale und Perspektiven, in: ZfP, 44. Jg. (1997)

[17] Marischka, C.: Die Deutungsmacht der Politischen Elite - Politik und Medien im „Krieg gegen den Terror", http://imi-online.de/download/Deutungsstudie.pdf

[18] Nye J.: The Paradox of American Power: Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone, Oxford University Press, New York 2002

[19] Joffe, J., Zitiert nach Nye, J.:Der Irak nach Saddam - Das dreidimensionale Schachbrett, Neue Zürcher Zeitung, 10.03.2003

Das Ei das Josef Fischer?

Fischers Nahost-Initiative: nur eigene Machtsansprüche im Hinterkopf?

von Claudia Haydt

Mitchell Kommission und Tennet Plan, Zinni Mission, saudische Initiative, Fischer Plan (2002), Road Map, Nusseibeh-Ja'alon Plan „People's Voice", Genfer Initiative .... längst ist es fast nicht mehr möglich den Überblick über all die verschiedenen Ansätze zur Lösung des Nah-Ost-Konfliktes zu bewahren, die bis heute alle entweder schon bei ihrer öffentlichen Präsentation oder in einer frühen Phase ihrer Umsetzung ins Stocken gerieten. All das gehört der Vergangenheit an - nun kommt der Vorstoß Fischer II.? Ein umfassender Friedensplan von Marokko, über Israel, Palästina, Syrien. Irak, Iran bis Afghanistan? So trug es der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland jedenfalls am 6. Februar 2004 bei der so genannten NATO-Sicherheitskonferenz in München vor.

Die neue „transatlantische Initiative für den Nahen und Mittleren Osten" wirft wesentlich mehr Fragen auf als sie beantwortet. Warum nimmt Fischer auf keine der aktuellen Lösungsversuche des Nahost-Konfliktes Bezug also weder auf die Genfer Initiative noch auf die Road Map? Warum nimmt er offensichtlich Abstand von seinem eigenen früheren Plan, einen palästinensischen Staat als Anfang einer Friedenslösung zu fordern? Warum verlangt er zwar den Nahost-Konflikt bei einer Gesamtlösung auf keinen Fall auszuklammern, bleibt dann aber jegliche Konkretion des Themas schuldig? Hat die Fischer Initiative überhaupt irgendeinen bemerkenswerten Inhalt? Und wenn ja, welche Absichten sind damit verbunden?

EU beansprucht Führungsrolle im Nahen und Mittleren Osten

Um den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens „eine völlig neue Perspektive (zu) eröffnen", will Fischer zuerst einen „EU/NATO Mittelmeerprozess" einleiten und dann mit den betroffenen Staaten eine Erklärung über die gemeinsamen Ziele erarbeiten. Institutionell stützt er sich dabei auf den Barcelona-Prozeß der EU und auf den Mittelmeer-Dialog der NATO. Der Barcelona-Prozess wurde 1995 ins Leben gerufen und bezieht sich auf Kooperation mit den Mittelmeeranrainerstaaten in den Bereichen Politik und Sicherheitspolitik, wirtschaftlichen Zusammenarbeit (schrittweise Errichtung einer Freihandelszone bis 2010) und „Partnerschaft im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich". Beteiligt sind Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, Palästinensische Autonomiegebiete, Jordanien, Libanon, Syrien, Türkei, Zypern und Malta (Libyen ist Beobachter). Konkret sind unter diesem Dach also wesentliche Akteure der Region vertreten.

> Ein besonderes Charakteristikum dieser Sicherheitsstrategie besteht in der Vermischung von ziviler und militärischer Machtpolitik

Der Mittelmeer-Dialog der NATO stammt noch aus Zeiten des Kalten Krieges als es darum ging die „Südflanke" der NATO zu verteidigen, in den letzten Jahren wurde versucht diese Struktur „aufzuwerten". Im Gegensatz zur EU tut sich die NATO allerdings etwas schwerer mit ihren Kooperationspartnern, und weiß auch selbst „dass das ‚NATO-Angebot' in den meisten am Dialog beteiligten Staaten bisher stets größer war als die ‚NATO-Nachfrage'. Die NATO bot also mehr Zusammenarbeit an, als die Staaten des Mittelmeerdialogs (mit Ausnahme von Israel und Jordanien) haben wollten." (Alberto Bin, in: NATO Review, 1/2003). Beteiligt sind bis heute Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Mauretanien, Marokko und Tunesien. Eine Friedensdynamik soll aus der sich entwickelnden ökonomischen Dynamik entstehen, abgesichert durch eine vage angedeutete militärisch/politische "Sicherheitspartnerschaft".

Wenn Fischer sich damit durchsetzen sollte, dass die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens auf der Grundlage des Barcelona-Prozesses und des NATO-Mittelmeer-Dialogs aufgebaut wird, dann hat die EU einen deutlichen Vorsprung in diesem Kontext. Sie hat mehr Droh- und Anreizpotential und sie orientiert sich an der im Dezember verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie, mit der EU-europäischer „Einfluss im Weltmaßstab" erreicht werden soll. Ein besonderes Charakteristikum dieser Sicherheitsstrategie besteht in der Vermischung von ziviler und militärischer Machtpolitik, wörtlich heißt das „Wir müssen eine Strategie-Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert. Als eine Union mit 25 Mitgliedstaaten, die mehr als 160 Mrd. Euro für Verteidigung aufwenden, sollten wir mehrere (militärische) Operationen gleichzeitig durchführen können. Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen" (EU-Sicherheitsstrategie in der am 12.12.2003 verabschiedeten Version, S.11).

Es geht hier wohlgemerkt nicht um eine Zivilmacht EU sondern um eine Militärmacht, die sich auch auf zivile Mittel stützt. Das Desinteresse an rein ziviler EU-Außenpolitik wird auch daran sichtbar dass, die Mittelmeerinitiative der OSZE von Fischer gar nicht benannt wird. Die OSZE ist im Gegensatz zu NATO und EU im wesentlichen ziviler Konfliktregulierung verpflichtet.

Es gibt einige Indizien dafür, dass Fischers neue Initiative ein Versuch ist die neue EU-Militär-Strategie weltpolitisch sichtbar zu machen. Vielleicht erklärt dies auch warum der Fischersche Vorschlag im Kern weitgehend inhaltsleer ist. Die einzelnen Stufen „EU/NATO Mittelmeerprozesses" erinnern beinahe wörtlich an die Inhalte des Barcelona-Prozesses sind aber im Detail so offen, dass jegliche weitere Initiative im Bereich Naher und Mittlerer Osten damit vereinbar wäre.

Abschied von Recht und Völkerrecht

Zwei Neuerungen gibt es in diesem Kontext. Die eine ist die Integration des Irans in den „Friedens-“ Prozess, allerdings so wage formuliert, dass es bestenfalls als ein Versuchsballon gewertet werden kann: „Eine Teilnahme des Iran sollte ebenfalls in Erwägung gezogen werden.“ Die zweite Neuerung klingt progressiv: Zivilgesellschaft und NGOs sollen gestärkt werden: „Die Zivilgesellschaften sollten über ein eigenes Forum verfügen.“ Wie dies funktionieren soll während gleichzeitig mit diversen undemokratischen Regimes „Sicherheitskooperation“ geübt wird, was die Schulung von Polizei (z.B. im Rahmen deutscher Kooperationsprogramme) für die jeweilige Opposition bedeutet, das

Es geht darum die EU als machtpolitischen Faktor zu etablieren.

lässt sich etwa in Tunesien anschaulich beobachten.

Aber Ideen von Recht und Rechtsstaatlichkeit spielen in Fischers Entwurf eher eine untergeordnete Rolle. So hält er nach wie vor daran fest, dass die US-Regierung im Irak bestenfalls einer irrtümliche „Sichtweise“ der Bedrohungslage aufgesessen ist, dass durch die Kriegsallianz bewusst Völker- und Menschenrecht gebrochen wurde, das wird an keiner Stelle benannt. International verbindliche rechtliche Spielregel sind Großmachtansprüchen auch eher hinderlich. Haben deswegen neben USA und Israel auch Deutschland und die EU öffentlich erklärt, dass ihrer Ansicht nach eine Anhörung des Internationalen Gerichtshof in Den Haag über die juristischen Implikationen der Baus der „Sicherheits-“ Mauer in den besetzten Gebieten der Lösung des Konfliktes nicht dienlich sei?

Die Deutsche Regierung „argumentierte“ u.a. damit, dass diese Anhörung eine Umsetzung der Road Map gefährde. Zur Mauer steht im Road Map Text allerdings kein einziges Wort - gleichzeitig ist es allen Beteiligten klar, dass die Existenz der Mauer eine Umsetzung der Road Map komplett unmöglich macht. Schwerwiegender als die inhaltlichen Einwände gegen die Anhörung ist jedoch einmal mehr die weitere Unterhöhlung der Bedeutung der demokratischen Elemente im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Vollversammlung (in der jedes Land eine Stimme hat) besitzt im Gegensatz zum elitären (und wohl kaum demokratischen) Sicherheitsrat strukturell ohnehin wenige Machtmittel. Es ist aber ihr gutes Recht, den internationalen Gerichtshof bei allen Themen, die die Vollversammlung für wichtig hält, um eine (unverbindliche!) juristische Stellungnahme zu bitten. Selbst dieses Recht wird ihr nun von den reichen und einflussreichen Staaten abgesprochen.

Experimentierfeld für Machtansprüche

In einem Interview von Fischer mit Al-Jazeera am 16.2.2004 formuliert Fischer offen, warum er seinen „großen Wurf“ so publikumswirksam in München präsentierte, „die Überlegung war die, nicht abzuwarten, bis die USA diesmal eine Initiative präsentieren bei G8 und beim Nato-Gipfel. Wir haben jetzt eine europäische Strategie. Solana hat die entwickelt, der Europäische Rat hat sie beschlossen. Diese europäische Strategie gilt es jetzt selber in Vorschläge umzusetzen und daran zu arbeiten.“ Es geht also darum die EU als machtpolitischen Faktor zu etablieren. Fischer hofft darauf, dass sich auf Grundlage seiner Vorschläge auf den Gipfeltreffen der G8, der EU und der NATO im Frühjahr eine Chance bietet konkretere Pläne auszuarbeiten. Welche es auch immer sein werden, er kann sie als Ergebnis seiner Initiative bzw. der neuen EU-Strategie verkaufen.

Fischer warnt in seiner Rede vor Bevormundung der Staaten und Menschen denen er Frieden bringen will. Er distanziert sich von „Paternalismus“ und praktiziert doch genau dies. Er ignoriert die Friedensbemühungen die vor Ort sichtbar sind. Die Inhalte der Konflikte sind in der aktuellen Initiative weitgehend irrelevant - es geht in erster Linie um ein Experimentierfeld für die eigenen Machtansprüche.

Claudia Haydt ist IMI-Beirätin

Neue IMI-Studie

Jürgen Wagner: Partner oder Gegner? Die Militarisierung der Europäischen Union und die Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen

IMI-Studie 2004/01, Tübingen (März 2004).

Während vor allem im linksliberalen Spektrum die Militarisierung der EU gefordert wird, um Europa als „Friedensmacht“ gegen die USA stärker international einbringen zu können, kommt die Studie zum dem Ergebnis, dass primär machtpolitische Motive hierfür ausschlaggebend sind. Die Tendenz der USA reale Interessenskonflikte primär im eigenen Sinne zu lösen, soll über die Militarisierung der EU rückgängig gemacht, so eine transatlantische Machtverschiebung erreicht und hiermit die EU endgültig als globale Macht etabliert werden. Sollten die USA nicht bereit sein, eine EU „auf gleicher Augenhöhe“ zu tolerieren, bergen diese zunehmend militärisch unterfütterten Interessenskonflikte die Gefahr in schwere transatlantische Konflikte zu münden.

Da eine „militärische Zivilmacht EU“ nicht in Sicht ist und weder eine Globalmacht EU, die zusammen oder in Konkurrenz mit den USA militärische Interessenspolitik betreibt wünschenswert sein kann, plädiert die Studie für den konsequenten Verzicht der EU auf militärische Mittel. Abschließend werden konkrete Alternativen vorgeschlagen, wie eine zivile Außenpolitik aussehen könnte, die Europa tatsächlich als Friedensmacht einbringen und Konflikte abbauen würde.

Die Studie ist zu finden auf der Homepage der Informationsstelle Militarisierung www.imi-online.de.

Atempause für Irans Führung

Äußerer Pragmatismus und innere Kontrolle sichern den Status Quo

von André Bank

Das iranische Regime kann erst einmal durchatmen. Denn trotz vielfältiger externer und interner Herausforderungen, die sich nach dem Irak-Krieg vom Frühjahr 2003 ergeben haben, ist es der Herrscherclique um Revolutionsführer Khamene'i gelungen, ihre hegemoniale Stellung in der iranischen Politik aufrechtzuerhalten. Neuere Entwicklungen, insbesondere der eindeutige Sieg bei den Parlamentswahlen vom 20. Februar, deuten sogar darauf hin, dass die konservative schiitische Geistlichkeit ihre Machtbasis noch wird ausbauen können.

Kein „Next Stop Tehran"

Für Irans Führungsriege hätte sich die regionalpolitische Kräftekonstellation nach dem Irak-Krieg kaum ungünstiger darstellen können. War die Islamische Republik bereits als Mitglied der „Achse des Bösen" massivem Druck der Bush-Administration ausgesetzt, so sah sie sich ab Frühjahr 2003 komplett von Nachbarstaaten eingekreist, die entweder direkt (Irak) oder zumindest indirekt (Afghanistan, Pakistan und Usbekistan) unter dem strategischen Einfluss der USA standen. Daher verwundert es auch nicht, dass Mitglieder der Bush-Administration, vor allem das durch den gerade erzielten „Triumph" in Bagdad beflügelte Pentagon, im Mai 2003 die Initiative ergriffen und neben Syrien den Iran als nächstmögliches Angriffsziel für einen gewaltsamen Regimewechsel in den Blick nahmen.[1] Verschiedene Verbalattacken in Richtung Teheran folgten, unter anderem der Vorwurf, dass das Mullah-Regime al-Qa'ida-Terroristen Zuflucht gewähren würde. Revolutionsführer Khamene'i und andere Konservative reagierten darauf ihrerseits mit der typisch feindseligen Anti-Amerika-Rhetorik. Neben diesen Drohgebärden unterstützte die US-Administration zunächst auch die Demonstrationen iranischer Studenten, deren Proteste gegen das islamistische Establishment im Juni und Juli 2003 ihren Höhepunkt erreichten. Innerhalb der US-Administration herrschte in dieser Phase eine weit verbreitete Hoffnung vor, dass – anders als in anderen „Schurkenstaaten" wie Nordkorea, Irak oder Syrien – die unzufriedene iranische Bevölkerung selbst ein baldiges Ende des autoritär-islamistischen Regimes hervorbringen könnte. Und auch wenn die einflussreiche „Coalition for Democracy in Iran" weiterhin Lobbyarbeit für eine militärische US-Intervention mit dem Ziel des Regimewechsels in Teheran leistete[2], setzten sich in Washingtoner Regierungskreisen dennoch die Vertreter einer moderateren Iran-Politik durch.

Hintergrund dieser Entwicklung hin zur Realpolitik war nicht zuletzt die Einsicht innerhalb der Bush-Administration, dass die möglichen Gefahren, die sich aus einem militärischen „Next Stop Tehran"[3] ergeben könnten, unkalkulierbar wären. Innenpolitisch wäre ein weiteres militärisches Vorgehen – zumal im anstehenden Präsidentschaftswahlkampf – ohnehin schwer zu vermitteln. Zudem wurde es für die US-Irakpolitik nach dem offiziellen Kriegsende mehr und mehr notwendig, mit dem iranischen Regime, vor allem wegen dessen politischer Einflussnahme auf die irakischen Schiiten, allen voran dem „Obersten Rat für die Islamische Revolution in Irak" (SCIRI), zu kooperieren.[4] Im Mai 2003 kam es so zu den ersten offiziell bestätigten Gesprächen zwischen amerikanischen und iranischen Regierungsvertretern in Genf. Gegenstand waren die aktuellen Entwicklungen im Irak und in Afghanistan.[5] Hierbei offenbarte sich wiederum die jenseits der beiderseitig feindseligen Rhetorik oftmals pragmatische Realpolitik, die das amerikanisch-iranische Verhältnis auch bereits in den Vorjahren kennzeichnete: So hatte sich Teheran beispielsweise im Vorfeld des Irak-Krieges zwar für die Einschaltung der UN als Vermittlungsinstanz eingesetzt und die „US-Aggression" rhetorisch kritisiert. Ähnlich wie beim Afghanistan-Krieg 2001 verhielt sich das iranische Regime offiziell jedoch neutral und versuchte so, sich mit den USA zu arrangieren.

Die Teheraner Führungsriege ist sich darüber bewusst, dass eine allzu anti-amerikanische Haltung mittelfristig ihr eigenes Ende bedeuten könnte. Gleichzeitig bleibt für sie die offizielle Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA (noch) ein Tabu, da dies einem Verrat an den Prinzipien der Revolution von 1979 gleichkommen und somit dem Selbstverständnis der islamischen Republik zutiefst widersprechen würde. Dass sich die iranische Außenpolitik gegenüber den USA zwischen diesen beiden Polen – pragmatische Annäherung und ideologische Abgrenzung – bewegt, zeigt sich auch an der Entwicklung der Nuklearfrage, der seit der zweiten Jahreshälfte 2003 wohl zentralen Thematik iranischer Außenpolitik.

Die Nuklearfrage und das Verhältnis zur EU

Eingeleitet wurden die aktuellen Auseinandersetzungen über ein iranisches Atomprogramm mit der Entdeckung zweier geheimer Nuklearanlagen durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) im August 2002, einer Einrichtung zur Urananreicherung in Natanz sowie einer Schwerwasserproduktionsstätte in Arak. Die Meinungsverschiedenheiten mit der IAEA verschärften sich weiter, als der iranische Vizepräsident Reza Aghazadeh im Mai 2003 – zeitgleich mit den amerikanischen Drohungen – erklärte, dass es nicht nur Teherans Intention sei, in naher Zukunft den Leichtwasserreaktor in Bushehr fertigzustellen, sondern auch einen vollständigen Nuklearkreislauf zu entwickeln. Das oberste Ziel sei die nationale Unabhängigkeit, die friedliche Nutzung von Nukleartechnologie eingeschlossen.[6] Eine umfassende Implementierung dieser Pläne könnte den Iran binnen weniger Monate auch in die Möglichkeit versetzen, den Atomwaffensperrvertrag aufzukündigen und Nuklearwaffen herzustellen.[7] Es war nicht zuletzt diese Abschreckungsgeste der iranischen Führung sowie die harschen Gegenreaktionen aus Washington, die in der Folge zunehmend die EU als Vermittler auf den Plan riefen. Anders als die USA, deren Außenpolitik gegenüber dem Iran zumeist auf

einer Mischung aus Konfrontation und Isolation basiert, ist die EU um Irans regionale Integration und ein „konditioniertes Engagement“ bemüht. Bekanntestes Beispiel des europäischen Politikansatzes gegenüber Teheran, der gerade auch von der deutschen Regierung als wichtigstem europäischen Partner Irans forciert wird, sind die Verhandlungen über ein weitreichendes Handels- und Kooperationsabkommen, die im Dezember 2002 begannen, aber noch nicht abgeschlossen sind.[8] Angesichts eines solch ansatzweise partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen der EU und dem Iran ist es wenig verwunderlich, dass die verschiedenen Vermittlungsversuche in der Nuklearfrage schließlich zur gemeinsamen Erklärung Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Irans vom 21. Oktober 2003 führten. Diese verlangt vom Teheraner Regime die komplette Offenlegung des iranischen Nuklearprogramms sowie die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomwaffensperrvertrag. Im Gegenzug wurde dem Iran der Zugang zu moderner Technologie in Aussicht gestellt.[9]

Das Zusatzprotokoll, das intensivere Inspektionen durch die IAEA ermöglicht, wurde am 18. Dezember 2003 von Hassan Rouhani, Chef des Nationalen Sicherheitsrates im Iran und enger Vertrauter Khamene'is, unterzeichnet. Eine Phase der Entspannung setzte ein und die US-Forderungen nach Sanktionen sowie die Überstellung des Falles von der IAEA an den UN-Sicherheitsrat erhielten einen merklichen Dämpfer. In den letzten Tagen und Wochen hat sich dieses Bild jedoch gewandelt, als IAEA-Chef Muhammad al-Baradei u.a. eindeutige Hinweise über iranische Geheim-Experimente zum Auslösen einer atomaren Kettenreaktion mit Polonium vorlegte.[10] Die iranische Führung hätte dies der IAEA melden müssen. Dieser Verstoß sowie weitere iranische Versäumnisse, nicht zuletzt die noch ausstehende Ratifizierung des Zusatzprotokolls, wurden in der IAEA-Resolution vom 13. März aufgeführt. Im Gegenzug kündigte Rouhani an, die Inspektionen der iranischen Atomanlagen vorerst auszusetzen.[11] Eine neuerliche Konflikteskalation ist damit vorprogrammiert. Die Nuklearfrage wird auch in naher Zukunft ein heißes Eisen in Irans Außenbeziehungen bleiben. Zwar kann natürlich niemand das iranische Streben nach Nuklearwaffen begrüßen. Es ist allerdings notwendig, darauf hinzuweisen, dass die Ursachen hierfür nicht allein bei der iranischen Regierung zu suchen sind. Das Bedürfnis, sich solche Waffen als Abschreckungspotenzial gegen einen bewaffneten Angriff der USA zu verschaffen, resultiert eben auch aus deren aggressiver Politik und ihrer Weigerung, die im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages getätigte Zusage umzusetzen, sich ernsthaft für die vollständige Abrüstung der amerikanischen Atomwaffen einzusetzen. Die regionale Dynamik mit den Nuklearstaaten Israel, Pakistan und Indien spielt in diesem Kontext ebenso eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Stabil, ohne legitim zu sein

Verschiedene Entwicklungen in der iranischen Innenpolitik der letzten Monate unterstreichen, dass die autoritär-islamistische Führungsriege bei weiten Teilen der Bevölkerung keinerlei Legitimität genießt. Ob bei der Niederschlagung der Studentenproteste im Juni, der Kritik an der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Menschenrechtsanwältin Schirin Ebadi im Oktober oder der staatlichen Hilflosigkeit beim verheerenden Erdbeben in Bam Ende Dezember 2003. Weithin offenbarte sich die repressive, patriarchale und korrupte Seite der Islamischen Republik.

Doch trotz mangelnder Legitimität ist das Regime intern stabil. Dies liegt zuallererst daran, dass der Repressions- und Propagandaapparat – wie bei den Feiern zum 25. Jahrestag der Revolution am 11. Februar zu sehen – eindeutig der Kontrolle der Konservativen unter Revolutionsführer Khamene'i untersteht. Die zentralen Entscheidungen werden weiterhin von einer kleinen Clique nicht-gewählter religiöser Politiker gefällt. Zweitens ist ein Großteil der iranischen Gesellschaft, vor allem die unter Dreißigjährigen, die siebzig Prozent der Bevölkerung ausmachen, weitgehend depolitisiert und apathisch. Drittens scheint es keine Alternative zum bestehenden Status Quo zu geben: Die offenen Proteste gegen das Regime sind auf einige hundert oder wenige tausend Studenten sowie die großen Städte, wie Teheran oder Esfahan, beschränkt. Und selbst diese Studenten werden bisweilen von vermeintlich Gleichgesinnten für ihr autoritäres und patriarchales Gebaren kritisiert.[12]

Die Reformfraktion um Präsident Khatami, die in den vergangenen Jahren noch die gewählten Institutionen der Islamischen Republik dominierte und von den Jungen, Frauen und ärmeren Schichten unterstützt wurde, ist mittlerweile weitgehend diskreditiert. Dies liegt in erster Linie daran, dass sich die wirtschaftliche Situation – das zentrale Problem für die große Mehrheit der IranerInnen – in den letzten Jahren, trotz eines konstant hohen Erdölpreises, weiter verschlechtert hat. Die weitreichende Enttäuschung mit der Khatami-Fraktion, zusammen mit der Disqualifizierung von circa 3000 reformorientierten Kandidaten durch den konservativen Wächterrat im Vorfeld der Parlamentswahlen am 20. Februar, führte letztendlich dazu, dass diese insgesamt nur sechzig der 290 Majles-Sitze gewinnen konnten. Die moderaten Konservativen, die durch Rouhani und den Ex-Präsidenten Rafsanjani repräsentiert werden, konnten hingegen entscheidende Zugewinne erzielen.[13] Mit ihrem technokratischen, auf wirtschaftliche Öffnung ausgerichteten Programm stehen sie für einen vermeintlich neuen Kurs iranischer Politik, der in Wirklichkeit gar nicht so neu ist: Pragmatisch nach außen, autoritär nach innen.

André Bank ist IMI-Mitarbeiter

Anmerkungen

[1] Julian Borger / Dan de Luce: Pentagon Sets Sights on a New Tehran Regime, The Guardian, 24.5.2003.

[2] Die „Coalition for Democracy in Iran“ wurde 2002 als ein Zusammenschluss von namhaften „Falken“, iranischen Monarchisten im Exil und iranisch-jüdischen Gruppen gegründet. Vgl. Kaveh Ehsani: High Stakes for Iran, Middle East Report, Summer 2003, S. 40. Mitinitiator der Lobby ist der Neokonservative Michael Ledeen vom American Enterprise Institute, der sich für einen gewaltsamen Regimewechsel und die Wiedereinführung der Monarchie im Iran einsetzt. Siehe Michael Ledeen: A New Iranian Revolution?, Wall Street Journal, 3.11.2001.

[3] „Next Stop Tehran“ ist eine Anspielung auf den prominenten Artikel „Next Stop Bagdad?“ des US-Geheimdienstexperten Kenneth Pollack, in dem er in Foreign Affairs (März/April 2002, S. 32-47) für einen Krieg der Bush-Administration mit dem Ziel des Regimewechsels im Irak plädierte.

[4] Für einen guten Überblick über die diversen irakisch-schiitischen Gruppierungen und deren Verhältnis zum Iran, siehe Faleh A. Jabar: The Worldly Roots of Religiosity in Post-Saddam Iraq, Middle East Report, Sommer 2003, S. 12-18.

[5] Johannes Reissner: Iran nach dem Irak-Krieg, Berlin: SWP-Studie 25, Juni 2003, S. 19-20.

[6] Oliver Thränert: Stopping the Unstoppable? European Efforts to Prevent an Iranian Bomb, in: Johannes Reissner / Eugene Whitlock: Iran and its Neighbors: Diverging Views on a Strategic Region – Vol. II, Berlin: SWP, März 2004, S. 43.

[7] ibid.

[8] Belén Martinez Carbonell, EU Policy Towards Iran, in: Johannes Reissner / Eugene Whitlock: Iran and its Neighbors: Diverging Views on a Strategic Region – Vol. II, Berlin: SWP, März 2004, S. 19-21.

[9] Statement by the Iranian Government and visiting EU Foreign Ministers, 21.10.2003 (www.iaea.org).

[10] Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran, Report by the Director General, 24.2.2004, (www.iaea.org).

[11] Martin Schwarz: Die Tricks der Mullahs, Jungle World, 13, 17.3. 2004.

[12] Gespräche mit iranischen Studentinnen, Teheran, September 2003.

[13] Rudolph Chimelli: Pragmatiker der Macht, Süddeutsche Zeitung, 19.2.2004, S. 2.

Erklärung zum ersten Jahrestag des offiziellen Endes des Irakkriegs

von Tobias Pflüger

Am 20. März jährte sich der erste Jahrestag des Beginn des Irakkrieges. Wir erinnern uns: Trotz gigantischer weltweiter Proteste begannen am 20.03.2003 Truppen der USA und Großbritanniens einen Angriffskrieg gegen den Irak. Die verschiedenen Kriegsbegründungen haben sich - wie Gruppen der Friedens- und Antikriegsbewegung schon vor Kriegsbeginn immer wieder betont haben - erwartungsgemäß als Lügen herausgestellt: Es gibt keine Massenvernichtungswaffen im Irak und das Regime von Saddam Hussein hatte nichts mit den Anschlägen vom 11. September zu tun.

Wir von der Informationsstelle Militarisierung haben vor, während und nach der Bombenphase des Irakkrieges auch immer wieder die deutsche Doppelstrategie beim Irakkrieg kritisiert und analysiert. Die rot-grüne Doppelstrategie zeichnete sich einerseits aus durch umfangreiche, grundgesetz- und völkerrechtswidrige Kriegsunterstützung u.a. durch Zurverfügungstellung der in Deutschland befindlichen v.a. us-amerikanischen und britischen militärischen Infrastruktur (insbesondere Rhein-Main-, Ramstein- und Spangdahlem-Airbases), Überfluggenehmigungen, Wachdiensten vor US-Kasernen und Stationierung von deutschen Soldaten in Kuwait und in den AWACS-Überwachungsflugzeugen über der Türkei. Die Bundeswehr entlastete zugleich us-amerikanische Truppen in Afghanistan substanziell. Der Irakkrieg wurde dadurch wesentlich mit ermöglicht. Andererseits erklärte die deutsche Regierung keiner kriegsunterstützenden UN-Resolution zustimmen zu wollen und sie startete vor allem zusammen mit der französischen Regierung gemeinsame Initiativen für eine weitere Herausbildung einer Militärmacht Europäischen Union (EU), die nicht nur, aber eben auch, gegen die Interessen der US-Regierung gerichtet sind.

Diese deutsche Doppelstrategie vor und während der Bombenphase setzt sich nun in der Besatzungsphase fort. Die deutsche Regierung hat allen UN-Resolutionen, die die Besatzung zementieren, zugestimmt, auch der, in der die Übergabe der Souveränität auf den Sankt Nimmerleintag verschoben wird („dann, wenn es möglich ist"). Die deutsche Regierung hat sich auf die Seite der völkerrechtswidrigen Besatzer geschlagen und es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis auch deutsche Besatzungssoldaten auch im Irak stehen werden. Der Übergangsschritt dazu wird die Übernahme einer Besatzungszone im Irak durch die NATO. Die Bundesregierung hat erklärt, dieses nicht blockieren zu wollen. Als Truppen für diese NATO-Besatzungszone sind die Allied Rapid Reaction Corps (ARRC) aus Mönchengladbach und das deutsch-niederländische Korps aus Münster im Gespräch, beide Truppen haben wesentlich deutsche Soldaten in ihren Stäben. Damit wäre Deutschland in die Besatzung des Irak involviert. Wir als Informationsstelle Militarisierung wiederholen noch einmal die Forderung, keine deutsche Soldaten in den Irak zu schicken oder in die Besatzung des Irak zu involvieren. Der Aktionstag am 20. März - ausgerufen vom Weltsozialforum in Mumbai (Bombay) in Indien - richtete sich bewusst gegen Krieg und Besatzung. Die Besatzung des Irak bedeutet für viele Menschen dort neues Leid und das Ausgeliefertsein gegenüber Willkürherrschaft. Wir von der Informationsstelle Militarisierung fordern deshalb ganz klar ein Ende der völkerrechtswidrigen Besatzung und der ökonomischen Ausraubung des Irak. Der Vorschlag, den Arundhati Roy in ihrer brillanten Rede in Mumbai gemacht hat, zwei US-Konzerne zu boykottieren, die von der Kriegsmaschinerie profitieren, ist gut, allerdings ist eine Konzentration ausschließlich auf US-Konzerne politisch falsch. In Kommunikation mit attac (Sven Giegold u.a.) wurde deshalb die Idee geboren, statt zwei US-Konzernen, auch einen EU-Konzern mit in eine politische Boykottkampagne mit einzubeziehen. Wir schlagen hiermit in Absprache mit dem Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw) München (Claus Schreer u.a.) vor, eine Boykottkampagne gegen den Konzern Siemens zu beginnen. Siemens ist einer der wichtigsten deutschen Kriegsprofiteure (Nähere Informationen beim isw oder unter http://www.imi-online.de/2004.php3?id=844).

> Die Besatzung bedeutet für viele Menschen dort neues Leid und das Ausgeliefertsein gegenüber Willkürherrschaft. Wir fordern deshalb ganz klar ein Ende der völkerrechtswidrigen Besatzung und der ökonomischen Ausraubung des Irak

Nach dem brutalen Anschlag von Madrid am 11. März und den Vertuschungen erster Ermittlungsergebnisse und einseitiger Schuldzuweisungen Richtung ETA durch die bisherige konservative Regierung Aznar gewann die bisher oppositionelle sozialistische Partei die Wahlen. Ein Wahlversprechen des designierten Regierungschefs Zapatero war der Abzug der spanischen Besatzungstruppen aus dem Irak. Wir begrüßen den geplanten Abzug als Informationsstelle Militarisierung ausdrücklich. Wir kritisieren zugleich die völlig inakzeptable Position der deutschen Regierung, die sich irritiert zeigte, über das beabsichtigte Erfüllens des Wahlversprechens der Sozialisten, die spanischen Besatzungssoldaten abzuziehen. Der erste Dominostein der Besatzung ist gefallen, nicht etwa wegen der Anschläge, sondern weil ein schon vor dem Anschlag von Madrid gegebenes Wahlversprechen erfüllt werden soll und weil es richtig ist die Souveränität im Irak Stück für Stück in Zusammenarbeit mit der UN an eine zu wählende irakische Regierung zu übergeben. Bei dem Erfüllen des Wahlversprechens muss es nun aber auch bleiben. Wir begrüßen ebenfalls die - inzwischen wieder dementierte - Ankündigung des polnischen Präsidenten Alexander Kwas-

niewski die polnischen Soldaten früher als geplant aus dem Irak abzuziehen. Wir begrüßen weiterhin, dass sich die südkoreanische Regierung nun weigert, 3.000 Soldaten bei Kirkuk zu stationieren. In Deutschland wurde der Anschlag von Madrid genutzt, um wieder einmal einen verschärften Einsatz der Bundeswehr im Innern einzufordern. Der bayrische Innenminister Beckstein versucht sich hier auf dem Rücken der Toten von Madrid politisch zu profilieren. Ein Bundeswehreinsatz im Innern ist und bleibt politisch falsch und vermischt polizeiliche und militärische Aufgaben. Die rot-grüne Bundesregierung agiert hier doppelzüngig: Offiziell lehnt sie einen Bundeswehreinsatz im Innern noch ab, gleichzeitig ist genau dieser in den von rot-grün verabschiedeten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 2003 als dem verbindlichen Strategiepapier für die Bundeswehr festgehalten worden. Dort heißt es: „Zum Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen wird die Bundeswehr Kräfte und Mittel entsprechend dem Risiko bereithalten. Auch wenn dies vorrangig eine Aufgabe für Kräfte der inneren Sicherheit ist, werden die Streitkräfte im Rahmen der geltenden Gesetze immer dann zur Verfügung stehen, wenn nur sie über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen oder wenn der Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie kritischer Infrastruktur nur durch die Bundeswehr gewährleistet werden kann.“ Was nichtterroristische „asymmetrische Bedrohung“ sein soll, ist bis heute offen geblieben. Die Forderungen nach einem Bundeswehreinsatz im Innern war auch schon bei der Debatte um die Regierungserklärung zur Bundeswehr von Peter Struck gefallen. In dieser Debatte hatte Struck das neue Bundeswehrkonzept vorgestellt, nach dem es in Zukunft 35.000 Eingreifkräfte (für militärische Interventionen), 70.000 Stabilisierungskräfte (für von anderen Ländern entweder gewollte, unterstütze oder abgelehnte Besatzungen) und 137.500 Unterstützungskräfte. Das Bundeswehrkonzept von Peter Struck ist das bisher ehrlichste Bundeswehrkonzept, denn nun werden Truppen für Kriegsführung, „Stabilisierung“ bzw. Besatzung und Unterstützungskräfte für diese Truppen vorgehalten. Die politische Forderung ist weiterhin klar: Auflösung der kriegsführungsfähigen Einsatzkräfte als ersten Schritt hin zu einer strukturellen Kriegsführungsunfähigkeit.

Tobias Pflüger ist IMI-Vorstand

Die Wiederkehr von Phoenix

Kolonialisierung und Aufstandsbekämpfung im Irak

von Joachim Guilliard

Nicht Demokratie und Souveränität stehen im Irak auf der Tagesordnung, sondern wirtschaftlicher Ausverkauf und neokoloniale Diktatur

In Teilen der deutschen Medien läuft eine regelrechte Kampagne, „um den US-Kolonialkrieg gegen den Irak“ zu unterstützen und die europäischen Regierungen unter Druck zu setzen, die sich dem „amerikanischen Völkerrechtsverbrechen (noch) verweigern“, schreibt Jürgen Rose, kriegskritischer Oberstleutnant der Bundeswehr, in der Wochenzeitung *Freitag*. Nach allen Regeln der „psychologische Kriegführung“ werde versucht, dem gutgläubigen Publikum weiszumachen, dass bei einem Scheitern der Besatzungsmacht im Irak ein Alptraum aus Bürgerkrieg, Diktatur und der Ausbreitung islamistischen Terrors drohe, der auch für Europa gefährlich wäre.[1] Dem wird sicher zustimmen, wer im Dezember das ARD-Magazin Panorama sah, das in einem Beitrag die Besatzung als legitime Ordnung darstellte und den irakischen Widerstand dagegen pauschal mit Terror gleichsetzte.[2]

Doch auch viele Kritiker der angloamerikanischen Kriegspolitik übernehmen weitgehend die Charakterisierung bewaffneter Widerstandsgruppen durch die Besatzungsmächte und reden undifferenziert von „marodierenden Banden“, „Freischärler“ und „Terroristen“.[3] Angesichts einer Widerstandsbewegung, die ihrer Meinung nach nur aus rückwärtsgewandten, gesellschaftlich isolierten Resten des alten Regimes und ausländischen Extremisten besteht, setzen nicht wenige ihre Hoffnungen lieber auf die Versprechungen der Besatzungsmächte. So streitet der DFG/VK-Sprecher Jürgen Grässlin den Irakern das Recht auf militärische Selbstverteidigung generell ab, „da die USA vorgeben, nunmehr den Übergang zu einer vom irakischen Volk gewählten Regierung leisten zu wollen.“[4]

Die Realität im Irak sieht allerdings anders aus. Kaum jemand, der die Entwicklung im Irak kritisch beobachtet, glaubt, dass die USA die Herrschaft über das Zweistromland freiwillig wieder aufgeben werden. Journalisten vor Ort berichten von der Breite der Widerstandsbewegung und ihrer Verankerung in der Bevölkerung, unabhängige Untersuchungen, beispielsweise des transatlantischen Think Tanks *International Crisis Group* (ICG), bestätigen dies.[5]

Entgegen des durch die Medien verbreiteten Bildes, ist der Widerstand gegen die Besatzung vorwiegend zivil. Wenig von diesen Kämpfen gelangt aber an die Öffentlichkeit. So erfuhr beispielsweise kaum jemand etwas über den militanten, aber gewaltfreien Massenaufstand in Hilla, einer sogenannten schiitischen Stadt, durch den Mitte Dezember der von den USA eingesetzte Statthalter vertrieben wurde.[6] Ebenso wenig erfährt man über die Repressionsmaßnahmen der Besatzungsmacht, wie z.B. den Überfall US-amerikanischer Truppen auf eine Gewerkschaftszentrale am 6. Dezember in Bagdad und die Verhaftung von Gewerkschaftsführern.[7] Berichte über bewaffnete Aktionen beschränken sich ebenfalls vorwiegend auf spektakulärere Anschläge mit Toten. Das Gros der Angriffe, die sich unmittelbar gegen Besatzungstruppen richten, bleiben im Dunkeln. Allein die verschiedenen Militärbasen verzeichnen Dutzende Angriffe pro Nacht, die zwar wenig Schaden anrichten, aber die ausländischen Soldaten zermürben und dazu zwingen, sich vordringlich mit ihrer Sicherheit zu beschäftigen.

Ein geheimer CIA-Bericht von Anfang November, der durch gezielte Indiskretion in die Medien gelangte, stellt die offizielle US-Propaganda ebenfalls bloß und warnt die US-Regierung vor einem Scheitern der gesamten Irak-Mission. Der Widerstand wird demnach an Stärke noch zunehmen und in der Bevölkerung weiter Fuß fassen. Bis zu 50.000 Irakerinnen und Iraker – und keinesfalls nur Anhänger des alten Regimes – seien bereits im Widerstand aktiv. Diesem würde sich zunehmend auch die schiitische Mehrheit im Zweistromland anschließen, so die Einschätzung des Geheimdienstes nach umfangreichen Recherchen seiner 275 Mitarbeiter vor Ort. Diese befürchten, dass die Unfähigkeit der Besatzungstruppen, die Guerilla zu bezwingen, unter den Irakern die Hoffnung nähre, dass die Besatzungstruppen vertrieben werden können und so zur Unterstützung des Widerstands

motiviere.[8]

Da die Besatzer aufgrund der feindseligen Einstellung der Bevölkerung bisher kaum Informationen über ihre Gegner und deren Infrastruktur bekommen, führe die Eskalation militärischer Vergeltungsaktionen gegen mutmaßliche Unterstützer der Guerilla unvermeidlich zur Zunahme unbeteiligter Opfer und treibe immer mehr Iraker an die Seite des bewaffneten Widerstands. Umfragen von Gallup bestätigen die nahezu vollständige Ablehnung der Besatzung. Demnach glauben nur 5% der Befragten, dass die USA einmarschierten, um „das irakische Volk zu unterstützen“ und nur 1%, dass sie die Demokratie einführen wollen.[9]

Invasion der Konzerne

Um bis zum Beginn der heißen Phase des Präsidentenwahlkampfs im Sommer die Negativschlagzeilen aus dem Irak für Präsident Bush zu entschärfen, sah sich die Bush-Administration zu Kurskorrekturen gezwungen. Als wichtigsten Schritt hat Washington angekündigt, die direkte Kontrolle über das Land bis Juni an eine Übergangsregierung abzugeben. Mit einer Übergabe der Macht im Irak an die Bevölkerung hat dieser taktische Rückzug aber wenig zu tun. Bush hatte gleichzeitig unmissverständlich klargemacht, dass die Besatzungstruppen auch danach auf unbestimmte Zeit im Land bleiben werden. “Wir werden weiterhin US-Truppen hier haben, aber sie werden keine Besatzer mehr sein, sondern Kräfte, die auf Einladung der irakischen Regierung hier sind,” verkündete auch das führende Mitglied des von Paul Bremer eingesetzten “Regierenden Rates”, Achmed Chalabi, der *New York Times*. Diese „Einladung“ soll sicherheitshalber aber noch vor Einsetzung der neuen Regierung durch „bilaterale Verträge“ mit diesem Rat fixiert werden. Sechs große dauerhafte Militärbasen in verschiedenen Landesteilen sind zudem schon fest eingeplant und teilweise bereits in Bau.[10]

Auch auf wirtschaftlicher Ebene werden die wesentlichen Weichen schon lange gestellt. Die Pläne für die völlige Umgestaltung des Landes waren bereits vor dem Krieg detailliert ausgearbeitet worden. In einem hundertseitigen Papier des US State Department („Moving the Iraqi Economy from Recovery to Sustainable Growth”) wird ausführlich beschrieben, wie beispielsweise die irakischen Gesetze umzuschreiben sind, inklusive genauer Formulierungen der zukünftigen Steuergesetze und Copyright-Bestimmungen oder wie der Banksektor übernommen werden soll. Sogar an den Entwurf eines Antrags des Iraks auf Mitgliedschaft in der WTO wurde gedacht.[11]

Mit der Umsetzung dieser Pläne wurde unmittelbar nach der Invasion begonnen. Es geht dabei nicht nur um die Aneignung der Ölressourcen, sondern auch um Gesundheitsdienste, Wasser, Elektrizität, Transport, Erziehung und Telekommunikation. Alle staatlichen Betriebe und Einrichtungen, einschließlich die der Grundversorgung, sollen privatisiert, d.h. an ausländische Konzerne übergeben werden.

Obwohl das geltende Völkerrecht Besatzungsmächten verbindlich vorschreibt, die vorhandenen Gesetze und gesellschaftlichen Strukturen zu respektieren und die Wirtschaft treuhändlerisch zu verwalten, bis eine neue souveräne Regierung im Amt ist, erließ die Besatzungsbehörde Ende September mit der Verfügung Nr. 39 ein radikales Wirtschaftsprogramm, das Ausländern erlaubt, irakische Unternehmen zu 100 Prozent zu übernehmen. Knapp 200 staatliche Unternehmen wurden bereits zum Ausverkauf ausgewählt. Ausnahme ist die Öl- und Gaswirtschaft, die weiterhin einem US-geführten Fonds unterstellt bleibt. Einheimische Wirtschaftsexperten, wie der Chef der Commercial Bank of Iraq, Mohammad Dragh, lehnen das gesamte Programm vehement ab. Doch die Iraker werden nicht gefragt. Dies sei kein Vorschlag, sondern Gesetz, stellte ein US-Beamte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters klar: „In einem Land wie Irak kann man Geld machen.“

„Der Reichtum des Landes wird nun in einer offenen internationalen Auktion verscherbelt,“ urteilte Baqer Ibrahim, Mitglied des Politbüros der irakischen KP in einem, von weiteren Führungspersönlichkeiten mitunterzeichneten Schreiben, das die aktuelle Parteiführung für ihre Kollaboration heftig kritisiert und zur Unterstützung des Widerstands aufruft.[12]

Begonnen wurde auch mit der „Schocktherapie” für den Irak, die US-Statthalter Paul Bremer im Juni auf dem World Economic Forum angekündigt hatte: totale wirtschaftliche Öffnung des Landes und Streichung aller staatlichen Subventionen. Sie beraubt die Bevölkerung der bisherigen staatlichen Unterstützung und droht die verbliebenen, durch das Embargo ohnehin stark angeschlagenen Firmen und landwirtschaftliche Betriebe, in den Ruin zu treiben.

Unabhängig von den Plänen für eine Übergansregierung und allgemeinen Wahlen, eine Wiederherstellung irakischer Souveränität und eine Besserung der Lebensbedingungen für die Iraker ist unter der Hoheit der USA nicht zu erwarten. „Selbst wenn morgen der letzte US-Soldat aus dem Golf abgezogen würde und eine souveräne Regierung an die Macht käme,“ so Naomi Klein, „bliebe der Irak besetzt: durch Gesetze, die im Interesse eines anderen Landes gemacht wurden,

durch ausländische Konzerne, die entscheidende Dienstleistungen des Landes kontrollieren."[13]

Gebremst wird der Eifer der neoliberalen Strategen aktuell allein durch den anhaltenden Widerstand. Wie die *Washington Post* zum Jahresende vermeldete, wird die US-Regierung eine ganze Reihe bereits fest geplanter Maßnahmen vorerst nicht durchführen. Insbesondere die Privatisierung staatlicher Unternehmen soll nun wesentlich behutsamer angegangen werden. In den betroffenen Betrieben organisiert sich heftiger Widerstand dagegen und angesichts einer Arbeitslosigkeit von 60 bis 70 Prozent, die durch die zu erwartenden Entlassungen weiter steigen würde, befürchtet die Besatzungsbehörde, dass sich viele dem bewaffneten Widerstand anschließen könnten. Eine Warnung war diesbezüglich die Ermordung des Direktors des (noch) staatlichen Unternehmens für Speiseöl. Als dieser sich weigerte einige Dutzend Arbeiter wieder einzustellen, wurde er auf dem Weg zur Arbeit erschossen. Sein Tod hätte eine Panikwelle durch das Industrieministerium gesandt, so die *Washington Post*, „plötzlich wollte niemand mehr über Privatisierungen reden."[14]

Das irakische Gesicht der Besatzung

Neben der formalen Übergabe von Regierungsgewalt an irakische Politiker, gehört ein rascherer Aufbau irakischer Sicherheitskräfte, die auch danach unter US-Kommando verbleiben sollen, zu den vordringlichsten Zielen der Besatzungsbehörde. Wie aber die massive Kürzung der Ausbildungszeiten für die US-loyalen Rekruten zeigt, soll dabei keine echte irakische Armee entstehen, die in der Zukunft womöglich wieder US-Interessen in der Region gefährden könnte, sondern nur Wachleute, Polizisten, Geheimagenten und einfache Fußsoldaten. Im Rahmen einer „Irakisierung" des Krieges sollen so indigene Kräfte gegen den Rest der Bevölkerung in Stellung gebracht werden, als „menschliches irakisches Kanonenfutter", so auch das Urteil des *Toronto Star*, um die Zahl, der in Leichensäcken zurückkehrenden US-Soldaten zu minimieren. „Dies ist eine echte und erprobte Kolonialmethode."[15] Am Ende wird daher, so die USA ihre Pläne verwirklichen können, nicht irakische Souveränität und Demokratie stehen, sondern eine US-hörige Diktatur, eine Kolonialregierung mit irakischem Gesicht.

Nicht wenige aus der US-Administration verfügen hierbei über einschlägige Erfahrungen. Waren die einen schon im

Vietnamkrieg aktiv, so spielten andere in den 80er Jahren als Botschafter, Staatssekretäre etc. Schlüsselrollen bei der Niederschlagung der Befreiungsbewegungen in Mittelamerika. So war z.B. Bushs Nationaler Sicherheitsberater, Elliot Abrams, damals als Vize-Außenminister für Lateinamerika zuständig, Außenminister Colin Powell der leitende militärische Berater im Verteidigungsministerium und der US-Statthalter im Irak, Paul Bremer, Spezialist für Aufstandsbekämpfung. Sie haben aus ihren Erfahrungen den Schluss gezogen, dass Guerillabewegungen zu zerschlagen sind, falls sich die USA auf lokale Kräfte stützen können, keine Rücksicht auf deren Brutalität nehmen und die Realität des schmutzigen Krieges vor der eigenen Öffentlichkeit verbergen, bzw. die Verantwortung dafür lokalen Kräften zuschieben können.[16]

Neokonservative Hardliner favorisieren hingegen die Rückkehr zu den in Vietnam erprobten Taktiken des Massenterrors und fordern „dass Koalitionstruppen, unterstützt von neu ausgebildeten irakischen Polizisten und Soldaten, massiv in ein bestimmtes Gebiet einfallen, um Aufständische und ihre unterstützende Infrastruktur zu entwurzeln."[17]

Neuauflage der Operation Phoenix?

Nach Informationen des Londoner *Daily Telegraph* wurde der CIA bis zu drei Mrd. US-Dollar für den Aufbau paramilitärischer Einheiten und einer neuen Geheimpolizei zur Verfügung gestellt. Deren Ränge sollen zum einen, Angehörige irakischer Exilgruppen, kurdische Peshmergas und Milizionäre der schiitischen Verbündeten füllen, zum anderen aber auch übergelaufene Mitglieder des früheren irakischen Geheimdienstes *Mukhabarat*.[18] Ehemalige CIA-Beamte vergleichen dieses Vorhaben mit dem Programm „Phoenix" in Vietnam. Damals waren Trupps aus US-Spezialeinheiten ausgesandt worden, um Vietnamesen zu entführen oder zu töten, von denen angenommen wurde, dass sie mit dem Vietcong zusammenarbeiten oder mit ihm sympathisieren. Gemäß offizieller Statistiken wurden zwischen 1968 und 1972 durch das Programm „Phoenix" einundvierzigtausend Menschen getötet. Die Informationen für die Auswahl der „Ziele" lieferten die örtlichen Verbündeten, nicht selten auch aus privaten Motiven.[19]

Die geplanten Maßnahmen lassen nach Meinung der Experten auch im Irak eine massive Zunahme der extralegalen Exekutionen befürchten, nicht nur bewaffneter Rebellen und ehemaliger Mitglieder der Baath-Partei, sondern auch von vielen anderen Gegnern der Besatzung. Sie stellen offensichtlich, so Vincent Cannistraro, ein ehemaliger CIA-Chef für Terrorismusbekämpfung, gemeinsame Teams aus Exilirakern und ehemaligen irakischen Geheimdienstoffizieren zusammen, „um – wie in Vietnam – Phoenix-ähnliche Dinge durchzuführen."

„Die Bildung einer gut funktionierenden Geheimpolizei, die in Wirklichkeit eine Abteilung der CIA darstellt, ist Teil einer allgemeinen Übergabestrategie," so der US-amerikanische Geheimdienstkritiker John Pike von der *Global Security Organisation*. Wer die Geheimpolizei eines Landes kontrolliere, könne sicher sein, dass sich das neue irakische Regime nicht weit von den vorgegebenen Parametern entferne.[20]

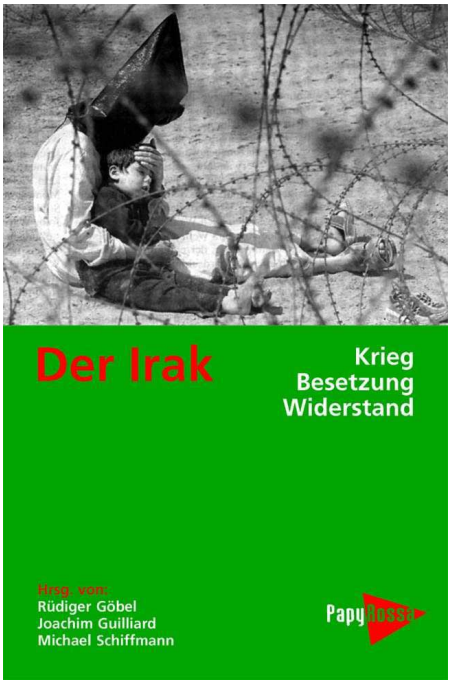
Mit dem Aufbau der paramilitärischen Verbände wurde bereits letztes Jahr begonnen. Kapuzen tragende Milizionäre begleiten seit Wochen schon US-Soldaten bei Razzien und Vergeltungsschlägen.[21] Auf

ihren Informationen beruht meist auch die Wahl der Opfer dieser Operationen. Ähnlich vermummte Männer haben in den letzten Monaten – völlig unbehelligt durch die Besatzungsmächte – auch schon Hunderte ehemalige Mitglieder der einstigen Regierungspartei, frühere Amtsträger und sonstige politische Gegner ermordet.[22]

Die Zahl der irakischen Verbündeten ist noch recht beschränkt. Außer an den Taktiken in Vietnam orientieren sich die Besatzungstruppen daher an dem Vorgehen der israelischen Armee gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten. Vieles erinnert schon sehr an die Bilder aus der Westbank und Gaza. Ganze Städte, die als Hochburgen des Widerstands gelten, werden durch Barrikaden aus Beton und Stacheldraht von der Außenwelt abgeriegelt. Sturmtrupps durchkämmen überfallartig ganze Straßenzüge, nehmen Männer zu Hunderten gefangen und sprengen Häuser von Verdächtigen. Die enge Zusammenarbeit zwischen der israelischen und der US-Armee geht dabei bis hin zur Ausbildung von Schwadronen für die gezielte Exekution von gegnerischen Führern.[23] Die Bush-Administration hat im November letzten Jahres die Eskalation eines verdeckten, schmutzigen Krieges autorisiert. Eine neue Truppe aus entsprechenden Spezialeinheiten, die *Task Force 121*, wurde für die geplanten Menschenjagden aufgestellt und mit Hilfe israelischer Experten geschult. Angesichts der Schwierigkeiten, den irakischen Widerstand in den Griff zu bekommen, müsse, so ein Berater der Besatzungsbehörde, zu „unkonventionellen Mitteln" gegriffen und Gleiches mit Gleichem bekämpft werden: „Guerilla mit Guerillamethoden. Terrorismus mit Terrorismus". Man müsse die Iraker „durch Schrecken zur Unterwerfung zwingen."[24]

„Der Krieg ist nicht vorbei" urteilt daher zurecht die in Beirut geborene US-Wissenschaftlerin Rania Masri. „Der Krieg ist nur in eine andere Phase getreten – die Besatzung des Iraks und die Invasion der Konzerne."[25] Das Fazit Baqer Ibrahims im oben genannten Aufruf ist daher verständlich: „Nur der Kampf des Volkes mit allen vorhandenen Mitteln und vereinigt in einer nationalen Front gegen die Besatzung wird die Invasoren aus dem Land werfen können und im Irak die Möglichkeit zur Bildung einer prosperierenden demokratischen Gesellschaft schaffen."[26]

Joachim Guilliard ist im Heidelberger Forum



Vom Autor erschien soeben Göbel/Guilliard/Schiffmann (Hg.): Der Irak – Krieg, Besetzung, Widerstand (Köln, PapyRossa Verlag, 2004, 277 Seiten, 15,80 Euro, ISBN 3-89438-270-8)

Anmerkungen

[1] Jürgen Rose, „Den Bruch riskieren", FREITAG, 19.12.2003.

[2] Zur Sendung und den darin erhobenen Vorwürfen, Teile der Friedensbewegung würden diesen „Terror" unmittelbar unterstützen, siehe http://www.antikriegsforum-heidelberg.de

[3] siehe z.B. den Einführungsbeitrag Peter Strutynskis zum 10. Kasseler Friedensratschlag, http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/rat/2003/strutynski.html

[4] *junge Welt* vom 24.12.2003

[5] ICG, "Governing Iraq", 25 8.2003.

[6] Sami Ramadani, „Resistance to occupation will grow", *The Guardian*, 15.12.2003

[7] „US occupation forces raid Iraqi union headquarters", *Labor News Network* http://lnn.labourstart.org/more.php?id=103_0_1_0_M

[8] ",We could lose this situation', CIA says insurgents now 50,000 strong; Crisis talks over transfer of power", *The Guardian*, 13.11.2003 und "CIA has a bleak analysis of Iraq" *Philadelphia Inquirer*, 12.11.2003

[9] Phyllis Bennis, "Bush on Middle East – ‚Democracy' & ‚Ending Occupation' in Iraq", *Institute for Policy Studies*, 18.11.2003, www.occupationwatch.org/article.php?id=1945

[10] Ahmad Sabri, „US to Establish Permament Military Bases in Iraq", Al-Arab Al-Yawm's 19.11.2003, *http://www.fpp.co.uk/online/03/11/al_Yawm191103.html*

[11] siehe eine ausführliche Darstellung in J. Guilliard, „Irak – die neue Phase des Krieges", IMI-Studie 2003/05, Informationsstelle Militarisierung (www.imi-online.de)

[12] „Den Widerstand unterstützen – Aufruf dreier führender irakischer Kommunisten", junge Welt vom 13.12.2003

[13] The Guardian 07.11.2003

[14] Rajiv Chandrasekaran, „Attacks Force Retreat From Wide-Ranging Plans for Iraq", *Washington Post,* 28.12.2003

[15] "What Iraq will get isn't self-rule", *Toronto Star*, 16.11.2003

[16] Robert Parry, „Iraq: Quicksand & Blood", *In These Times*, 26.12.2003, *http://www.inthesetimes.com/comments.php?id=521_0_1_0_C*

[17] Barry Grey „Irakischer Widerstand erschüttert US-Regierung", *WSWS*, 31.10.2003, http://wsws.org/de/2003/okt2003/irak-o31.shtml

[18] „CIA plans new secret police to fight Iraq terrorism", *Daily Telegraph*, 4.1.2003, sowie Robert Dreyfuss, "Phoenix Rising," *The American Prospect*, January 1, 2004.

[19] Seymour M. Hersh, „Moving Targets – Will the counter-insurgency plan in Iraq repeat the mistakes of Vietnam?", *The New Yorker*, December 8, 2003

[20] CIA plans new secret police...., a.a.O.

[21] Robert Fisk, „Phantom insurgents pay a deadly price for Iraq's ‚liberation'", *The Independent,* 21.12.2003 dt. Übersetzung unter http://www.freace.de/artikel/dez2003/fisk211203.html

[22] Robert Fisk, Hooded Men Executing Saddam Officials, *The Independent*, 28.12.2003:

[23] Israel trains US assassination squads in Iraq, *The Guardian*, 9.12.2003

[24] Seymour M. Hersh, a.a.O.

[25] Rania Masri, „Wiederaufbau oder Demontage des Irak?", Göbel/Guilliard/Schiffmann (Hg.): Der Irak – Krieg, Besetzung, Widerstand, PapyRossa 2004

[26] „Den Widerstand unterstützen ..." a.a.O.

IMI Informationsstelle Militarisierung e.V.

Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154